Jurij Lutowinow

(Schluß.)

Zwischen der bolschewistischen Phrase und ihrer Politik in Erfüllung, weil man es nicht erfüllen kann — es fehlen wird ein Abgrund aufgedeckt: das, was man spricht, geht nicht die materiellen Bedingungen dafür; und das, was man tut und was man tun **kann** ist im Widerspruch damit, was man spricht, im Widerspruch mit den Interessen des Proletariats. Und über diesem Abgrund steht die bolschewistische Partei.

Für einen Teil der bolschewistischen Partei — infolge der sozialen Differenzierung unter ihr, was als Folge der „Nep" und des Staatsapparates kam — gibt es keinen solchen Widerspruch: so natürlich scheint für ihn die gegenwärtige Lage der Dinge zu sein.

Für einen anderen Teil, für die Führer nämlich, ist der Widerspruch klar, aber sie bemühen sich ihn mit verschiedenartigen utopischen Plänen zu „lösen". Mit bewundernswerten Spekulationen versuchen sie die Widersprüche der Wirklichkeit zu „beseitigen". Und als auch die „Theorien" versagen, die immer und immer wachsenden Widersprüche zwischen ihrer Politik und dem Proletariat zu lösen, dann sind sie bereit, das Existieren der letzteren abzuleugnen. So hat Lenin, gegen Ende seiner politischen Tätigkeit, versucht, die Gegensätze zu lösen.

„Bei uns" — sagt er auf dem 9. allrussischen Kongreß der Sowjets, Dezember 1921 —, „bei den Sowjetbräuchen führt man keine Wirtschaft bis zum Ende, um nach einigen Jahren auf Erfolg zu zeigen, man fürchtet vom Kaufmann zu lernen, der 100 v. H. Gewinn erzielen kann, und nachher schreibt man schöne Resolutionen über die Rohmaterialien und sagt, daß wir Vertreter sind der kommunistischen Partei, der Gewerkschaften, des Proletariats. Erlaubt, ich bitte euch. Was heißt Proletariat? — Das ist die Klasse, die in der Großindustrie arbeitet. Und wo ist die Großindustrie?"

Auf den 6. Kongreß der bolschewistischen Partei im März 1922 fährt er fort:

„Sehr oft, als man von „Arbeitern" spricht, versteht man darunter das Fabrikproletariat. Das ist ganz falsch! Bei uns, während des Krieges, kamen in den Fabriken gar keine Proletarier, sondern kamen, um sich dem Militärdienste zu entziehen allerlei Elemente; und sind heute bei uns die sozialen und ökonomischen Bedingungen so, daß in die Fabriken und Betriebe nur echte Proletarier gehen? Das ist nicht richtig! Das ist nach Marx richtig, aber Marx hat nicht von Rußland geschrieben, sondern vom ganzen Kapitalismus, vom 11. Jahrhundert anfangend. Für einen Lauf von 600 Jahren ist das richtig, aber für das heutige Rußland — nicht. Heute gehen in die Fabriken nicht immer Proletarier, sondern verschiedene, zufällige Elemente."

Diese Argumente Lenins sind sehr charakteristisch für die bolschewistische Partei, sie geben aber nicht die Lösung der Widersprüche, unter welchen die bolschewistische Partei zu leben gezwungen ist. Im Gegenteil, sie rollen neue Fragen auf, sie wecken neue Zweifel auf: „wie kann die bolschewistische Partei eine proletarische Partei sein, wo es heute in Rußland kein Proletariat gibt? Wie kann der Kommunismus verwirklicht werden, wo nämlich das Proletariat — nach Marxscher Lehre, als deren Anhänger sich die Bolschewiki betrachten — der Träger dieses Kommunismus ist?"

Für den dritten Teil der bolschewistischen Partei — die Arbeiter und jene, die dem Proletariat treu bleiben — ist es klar, daß die „Argumente" von der obigen Art nur die Bolschewisten von den moralischen Leiden zu befreien bezwecken, daß sie als „proletarische Partei" gegen das Proletariat handeln; dieser Teil kann sich nicht durch die utopischen Pläne trösten, die den Sozialismus durch Staatskapitalismus versprechen. Er sieht die Entwicklung der neuen Bourgeoisie, er sieht das Sinken des Proletariats tief im Grunde der sozialen Pyramide und vor ihm stellt sich die Frage: „Was tun? Wohin?" . . . Jurij Lutowinow gehörte zu diesem Teil der bolschewistischen Partei. Ehemaliger Arbeiter, an die Revolutionskämpfe gegen den Zarismus teilgenommen, durch den Schmelzofen der Revolution gegangen, — erlebte er all die Begeisterung und Enttäuschung, alle Siege und Niederlagen des Proletariats. Die Oktoberrevolution hat ihn aus der Fabrik gerissen, nicht aber aus den Arbeiterreihen. Er hatte verschiedene Posten im Staats- und Gewerkschaftsapparat, er hat sich aber der Bürokratie nicht ergeben. Nach der Wendung in der russischen Revolution, als man dem Proletariat alle seine Rechte abzubauen begann, trat er in die sogenannte „Arbeiteropposition" ein. Nach ihrer gewaltsamen Zersprengung und nach der Vertreibung ihrer namhaften Führer aus den Arbeiterzentren, versuchte Lutowinow in die Fabrik zurückzukehren, ... auf Befehl — aber — wurde er nach Berlin geschickt als Vertreter des jetzigen Leiter der russischen Handelsvertretung, Stomanjakoff. Nach einjährigem Verbleiben über die Grenze, wurde er nach Rußland zurückgeschickt, seine Oppositionsstimmung verschwand aber nicht; bei jeder Gelegenheit erhob er seine Stimme für Verteidigung der proletarischen Interessen. Mit der Zeit aber, vergrößerten sich seine Zweifel und seine inneren Kämpfe, die von den Widersprüchen der russischen Wirklichkeit verursacht waren, sowie von der Entwicklung der russischen Revolution und der Rolle der bolschewistischen Partei: Lutowinow war kein Theoretiker, aber mit dem Proletariat so fest verbunden, um nicht taub zu bleiben alledem gegenüber, was heute in Rußland geschieht. Er sah die Widersprüche zwischen der bolschewistischen Politik und den Interessen des Proletariats; er fand aber nicht die Lösung, weil er sie in der bolschewistischen Partei, weiter verbleibend, suchte.

Er fand sie im Selbsterschießen, weil er, wie Trotzki sagt: „keine feste Basis für seine Arbeit unter den Verhältnissen unserer Zeit gefunden hat". Es ist aber richtiger zu sagen, daß Lutowinow diese feste Basis für seine Arbeit, als **Proletarier und Mitglied der bolschewistischen Partei**, in der heutigen russischen Wirklichkeit nicht finden konnte.

Lutowinow ist aber nicht allein. In denselben Widersprüchen befinden sich große Teile der bolschewistischen Partei und des Jugendbundes. Das sieht auch die bolschewistische Obrigkeit.

„Manchmal" — schreibt die „Prawda" (23. Mai 1924) — „kommt eine kleine, nicht vielsprechende Tatsache für einen festen, bewährten Genossen als Beweggrund für einen Selbstmord . . . Wir werden um einzelner Fälle von Selbstmord in den Reihen des kommunistischen Jugendbundes nicht herumkommen . . . Es ist notwendig, Maßnahmen gegen die Selbstmorde zu treffen. Wir können das Tempo der Revolution nicht ändern. Diese krankhaften Erscheinungen aber, können wir bis zum gewissen Grade „überleben". Also, der Fall Lutowinow ist nicht eine isolierte Erscheinung, sondern schon Epidemie. Das besagt, daß es sich um eine politische Erscheinung handelt, deren Wurzel tief in den Widersprüchen zwischen der Politik der bolschewistischen Partei und der Arbeiterklasse liegen, und im letzten Grade — in der Entwicklung der russischen Revolution und der gegenwärtigen Gesellschaftsverhältnisse.

Nur in dieser Beleuchtung werden die Appelle der bolschewistischen Führer am Grabe Lutowinows verständlich:

„Der Ausweg, den Jurij gefunden hat, ist nicht der Ausweg des Kommunisten. Wir müssen auf unseren Posten bleiben bis man uns das Leben nimmt."

(Bucharin.)

„In diesem Moment müssen wir uns zu allen Arbeitenden mit dem Ruf wenden: nicht den letzten Tag Lutowinows als Vorbild zu nehmen, sondern die beiden Jahrzehnte, die der Revolution und der Arbeiterklasse gewidmet, geopfert waren."

(Rykow.)

„An erster Stelle müssen wir der Jugend sagen, daß der Tod Lutowinows kein Beispiel sein kann."

(Trotzki — „Trud.", 11. Mai 1914.)

Die bolschewistischen Führer appellieren, dem Beispiel Lutowinos nicht zu folgen, aber sie tun alles, um gefolgt zu werden. Der Zweifel, vor welchem ihre Politik das revolutionäre Proletariat stellt, kann nicht ohne einen kollektiven Austausch von Gedanken gelöst werden. Die Macht und die Presse monopolisiert, sie geben keine Möglichkeit dafür, nicht nur den anderen Proletariern, sondern auch den Proletariern aus den eigenen Parteireihen. Eine Clique, die den Parteiapparat ausnutzt wendet den Staatsapparat gegen die Arbeiterklasse an, und als in der eigenen Partei eine Opposition ausbricht, dann wendet sie wiederum den Staatsapparat an, um sie zu ersticken. Unter solchen Umständen nehmen die Widersprüche der Wirklichkeit den Charakter persönlicher Zweifel und innerer Kämpfe an. Und nur jene können die Lösung geben, die den geschichtlichen Sinn der russischen Revolution — ihren bürgerlichen Charakter — verstehen und die, die Lehren aus dieser Revolution ausnutzen und die heutigen inneren russischen und internationalen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung berücksichtigen, die neuen Aufgaben der russischen Arbeiterklasse bestimmen.

Wirtschaft

Die fressende Krise

Die „DAZ." vom 18. Juni läßt sich aus Gelsenkirchen folgendes melden:

Drohende Stillegungen an der Ruhr.

Der Ruhrbergbau und die Ruhrindustrie überhaupt kommt wieder in eine neue akute Krise hinein. Man trägt sich jetzt, wie wir erfahren, in maßgebenden Kreisen mit dem Gedanken, die südlichen, in der Nähe der Ruhr gelegenen Zechen stillzulegen, um wenigstens die nördlichen Zechen in Gang halten zu können. Man muß bedenken, daß die Ruhrkohle nur noch in einem geringen Raum konkurrenzfähig gegen die englische und oberschlesische Kohle auftreten kann.

Die wirtschaftliche Lage der gesamten Ruhrindustrie verlangt nach einer auf die Dauer erträglichen Regelung. Auch in der Schwerindustrie steht die Sache recht übel. Man trägt sich auch hier mit dem Gedanken, kleinere Werke stillzulegen. Besonders in Mitleidenschaft gezogen wird hiervon die Maschinenindustrie, die als Hauptabnehmerin die Schwereisenindustrie hat. Aufträge aus dem Auslande sind nicht zu bekommen. Viele Werke sehen sich daher genötigt, ihre Produkte auf Stapel zu legen.

Da das Blatt sehr gut in wirtschaftlichen Sachen unterrichtet ist, so ist natürlich mit einer noch schärferen Offensive der Unternehmer zu rechnen; denn die Peitsche der Arbeitslosigkeit, des Verhungerns soll die zu gebrauchenden Sklaven noch gefügiger machen. Mit erträgliche Regelung auf die Dauer ist natürlich Lohnabbau und verlängerte Arbeitszeit gemeint von wegen der Konkurrenz.

Die Konkurse nehmen kein Ende. Im Gegenteil steigert sich die Zahl. In der „DAZ." ist schon eine Rubrik für Konkurse eingerichtet. Sie, den Namen nach zu veröffentlichen, geht schon nicht mehr. Die Zahl ist täglich zwanzig bis dreißig. Die Reinigungskrise sieht mehr nach einer Verblutungskrise aus. Wenn das Proletariat in seiner jetzigen Saure-Gurken-Stimmung verharrt, dann wird es natürlich auch verbluten müssen trotz der vollendeten Demokratie oder vielmehr, erst recht durch dieselbe.

Drohender Metallarbeiterstreik im Ruhrgebiet. Kaum sind die Zechen leidlich im Gang, da müssen die Metallarbeiter entdecken, daß es so nicht weitergehen kann. Die Gewerkschaften, die im Bergarbeiterkampf nichts weiter als Listensammlung kannten, da doch die Tatsolidarität zur machtpolitischen Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie hätte führen können, lehnen jetzt natürlich die gefällten Schiedssprüche ab. Es handelt sich um den gefällten Schiedsspruch, der die zwölfstündige Arbeitszeit, also das zwei Schichtensystem vorsah in den durchgehenden Betrieben. Die Proletarier sagen, wir können nicht mehr, auch die Christen wollen nicht mehr, also wird man etliche Wochen die Proleten streiken lassen, diese werden hübsch sich abkapseln lassen müssen, die andern werden zur Sammlung aufgefordert, müssen also im Betrieb bleiben und das gleiche Bild, wie bei den Anilinsklaven, den Werft- und den Bergarbeitern wiederholt sich. Ein Teil der Betriebe wird stillgelegt und der andere Teil soll dann mit aller Kraft den Kampf auf dem Weltmarkt aufnehmen, was nicht mehr möglich ist; es sei denn, daß die Proletarier aus Liebe zum Kapital umsonst arbeiten.

Das Proletariat muß endlich erkennen, daß es nur als Klasse um ein Ziel, um eine neue Welt kämpfen kann. Tatsolidarität ist das zwingendste Gebot der Stunde. Sprengung des beruflichen Rahmens, also Zertrümmerung der Gewerkschaften sowie der parlamentarischen Führerparteien eine dringende Notwendigkeit. Nur durch die entschlossene Tat des revolutionären Umsturzes werdet ihr euren Leidensweg verkürzen können, und den euch niemand abnehmen kann.

Ausland

Zwischen den Mühlsteinen

So müßte richtiger ein „Zwischen Morgan und Moskau" betitelter Leitartikel von Fritz Zielesch im „Montag Morgen" lauten. Er behandelt den Plan der Gründung und das eventuelle Programm der „Dritten Partei", die sich am 17. Juni in St. Paul, Minnesota, konstituiert hat. — Die „Dritte Partei" stellt für Amerika den Versuch dar, das Idealbild der Demokratie für Amerika von den Schmutzflecken zu reinigen, mit denen es die bisher umschichtig regierenden Parteien der Demokraten und Republikaner reichlich besudelt haben. Nirgends ist mit der Idee der Demokratie ein so verlogener Kult getrieben worden, als in Amerika, und nirgends ist die Idee der Demokratie im kapitalistischen Staat wohl derartig kompromitiert worden, als in U.S.A., die großen Korruptionsskandale der letzten Zeit haben zur Genüge bewiesen, daß keine der beiden Parteien korruptionssauber ist, und daß, unabhängig von dem jeweils heraushängenden Firmenschild „republikanisch" oder „demokratisch", der einzige Herrscher Amerikas doch Sr. Majestät der Dollar ist. Es ist offenes Geheimnis in Amerika, daß alle Wahlen weniger durch die Kraft der Argumente der siegenden Partei, als durch die Tüchtigkeit ihres „Boß" und durch die Menge der ihm zur Verfügung stehenden Mittel gewonnen wurden. — So ist es z. B. in New York bei den Wahlen ein beliebtes illegales Manöver, daß von einer Partei in verschiedenen Wahldistrikten sogenannte Logierhäuser gemietet werden. Die Bewohner dieser Logierhäuser werden, wenn sie eine gewisse Zeit dort wohnen, selbstverständlich in ihrem Bezirke wahlberechtigt. Nun zieht die Parteiorganisation eine Anzahl Arbeitsloser (Tramps) heran, die in einem der Logierhäuser Kost und Wohnung bekommen — auf zwei Nächte. Damit erwerben sie in dem Bezirk eine Adresse und das aktive Wahlrecht im Bezirk. Nach zwei Nächten werden sie in ein anderes Hotel der gleichen Partei verschickt, und so fort. Am Wahltage ziehen diese Tramps nun von Bezirk zu Bezirk zur Urne, um überall ihre Stimme abzugeben. — Dieses Manöver, genügend vorsichtig durchgeführt (und es wird dafür gesorgt, daß die Wähler einzeln antreten und sich nicht auffällig machen), bedeutet ein ganz schönes Plus auf der Stimmliste der Partei, die dieses Geschäft übernimmt. — Und das ist nur **ein** Beispiel der drüben üblichen Wahlmanöver, deren sich beide Parteien gleicherweise bedienen. —

Dazu kommt, daß einerseits durch die starke Einwanderung aus kulturell oft rückständigen Ländern und der, an europäischem Maßstab gemessen, immer noch schnellen Möglichkeit sozialen Aufstiegs, der Boden für eine einheitliche kommunistische oder sozialistische Massenbewegung wenig günstig ist, anderseits die Bedrückung des landwirtschaftlichen Mittelstandes durch die Eisenbahn- usw. Trusts bis ins Phantastische gesteigert würde (vgl. Frank Norris, The Octopus, Roman aus dem Epos „Der Weizen"). So finden sich hier in St. Paul zur Gründung der „Dritten Partei" eigentlich sehr heterogene (gegensätzliche) Bestandteile zusammen, deren einziges Bindeglied „the struggle of life" (der Kampf ums Leben) ist: Farmervereinigungen, örtliche Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften usw., um zunächst über folgende Punkte zu beschließen:

1. **Nationalisierung der Eisenbahnen.**
2. **Aufsicht über Kapital und Kredite durch das Volk mittels Regierungs- und Genossenschaftsbanken.**
3. **Kontrollierung der natürlichen Hilfsquellen des Landes durch das Volk.**
4. **Wiederherstellung der in der Verfassung garantierten bürgerlichen Rechte.**
5. **Aufhören der behördlichen Einmischung in Arbeiterauseinandersetzungen und andere Rechtsmißbräuche.**

Frau Adele Schreiber, die im „Vorwärts" einen Artikel „Vom anderen Amerika" veröffentlicht hat, sieht in der Gründung dieser Partei und in ihren einzelnen Programmpunkten ein „Hindrängen zum Sozialismus," während sie doch konstatiert, daß die sozialistische Bewegung selbst aus den oben angeführten Momenten nur schwer Boden gewinnt.

Dazu muß bemerkt werden: Es ist symptomatisch für die ideologische Einstellung der deutschen Sozialdemokratie, daß Frau Schreiber hier den Versuch, die Ideologie bürgerlicher Demokratie in chemisch reiner Form für die praktische Anwendung herzustellen, als ein „Hindrängen zum Sozialismus" auffaßt. In Wirklichkeit ist die „dritte Partei" der Versuch des Kleinbürgertums, sich politisch zu kristallisieren. Frau Adele Schreiber nimmt an, daß, wenn es gelingt, mit dieser „dritten Partei" den „einigenden Rahmen für große Gesichtspunkte" zu schaffen, der Boden für eine radikale Partei geschaffen sei; sie hofft, daß die sozialistische Partei Amerikas, indem sie das auch von der Farmer Labour Party angenommene Programm akzeptiert, darüber dann weiterhinaus für sozialistische Entwicklung und sozialistische Erziehung arbeiten könne. — Das ist dieselbe Ideologie, die in Deutschland „die Sozialisierung marschieren" ließ, und die nun erhofft, die Sozialisierung in Amerika mit dieser Programmsetzung auf den Marsch bringen zu können. Unlogischerweise erklärt sie freilich, „daß jedes Land nur die Politik treiben kann, die seiner Eigenart entspricht;" damit kann doch nur verstanden sein, daß in jedem Lande die wirtschaftlichen Verhältnisse die Linie seiner Politik bestimmen.

Welche Aussicht in Amerika dieser Versuch einer zwischen den Mahlsteinen einer in Art der I. W. W. (Industrial Workers of the World) auf Kampf mit allen Mitteln eingestellten Arbeiterschaft und einer herrschenden Kaste haben kann muß sich jeder mit den marxistischen Grundsätzen näher Vertraute selbst sagen können. — Vor zirka 20 Jahren führten die Tabakfarmer z. B. einen erbitterten Kampf gegen den Tabaktrust — sie sind unterlegen. In welcher Weise das Kapital in Amerika alle Versuche, seinen Herrscherrechten auch nur im kleinsten Abbruch zu tun, bekämpft, davon gibt die Broschüre „Mit Blut", die als die Geschichte ihrer Organisation von dem I. W. W. herausgegeben wurde, erschütternde Kunde. Es ist nicht möglich, hier im Rahmen eines kurzen Artikels auch nur die Namen der amerikanischen Bürger anzuführen, die als Angehörige der I. W. W. von den Söldlingen des Kapitals, den Pinkertons, doch auch von „guten Bürgern auf die entsetzlichste Weise gelyncht wurden, die monatelang ohne Anklage und Grund eingekerkert wurden, die man deportierte in einer Art, die hinter den Deportationsmethoden des zaristischen Rußland nicht zurückstand. Und das sind nicht alte, verstaubte Geschichten. Noch am 29. August 1917 wurde in New-Jersey ein I. W. W. von dem Polizeichef und von Geschäftsleuten der Stadt überfallen, in einen Wald geführt, aufgehängt, als er das Bewußtsein verloren hatte, abgeschnitten und entsetzlich geschlagen. Und prompt war die Justiz! Fünf Stunden ehe der Mißhandelte wieder zum Bewußtsein kam, verurteilte der Richter schon — **ihn** zu drei Monaten Zwangsarbeit!

In Amerika ist sowohl von Seiten der Farmer, die z. B. im Tabaktrustkampf die Scheunen der Gegner anzündeten, wie von der Arbeiterschaft seit ihren ersten Streiks (z. B. 1892 das Feuergefecht von Homestead mit den Pinkertons), wie von Seiten des Kapitals stets mit offener Gewalt gegen den Gegner vorgegangen worden. Die Regierungsmaschine ist im Besitz des großen Kapitals und die Bezeichnungen „Republikaner" oder „Demokraten" sind nur Bezeichnungen widerstreitender kapitalistischer Gruppen. Die Truppenmacht, auch das reguläre Militär, wird während der Streiks von den gerade gefährdeten Kapitalistengruppen bezahlt, z. B. zahlt das Bergwerkskapital im Bergwerksstreik von Colorado die Truppen. — Wieviel Respekt mag es da wohl vor dem papiernen Programm der „dritten Partei" haben? — Diese Partei und alles, was sich ihr anschließt, hat nur zwischen zwei Dingen die Wahl: entweder binnen kurzem so korrumpiert zu sein, daß sie nur als Seitendeckung des Trustkapitals arbeitet — oder sich, auf Grund ihrer Mißerfolge, baldigst in ihre Bestandteile aufzulösen und ihre proletarischen Anhänger dahin zu entlassen, wohin sie gehören: in die Front des kompromißlosen Klassenkampfes, in dem die Einbildung keinen Raum findet, daß man „Kapital und Kredite" durch das Volk „beaufsichtigen" könne, und daß das Eisenbahnkapital sich gutwillig durch einen Federstrich nationalisieren ließe.

Mitteilungen

Druckfehlerberichtigung. In der vorigen Nummer ist in dem Bericht von der Bezirkskonferenz Sachsen die dritte Zeile vertauscht worden. Dieselbe muß heißen: „Vertreten waren die Ortsgruppen Chemnitz, Oberfrohnau und".

21. Unterbezirk. Mitgliedskarte des Gen. Gustav Schulz, Nowawes, ist verlorengegangen. Bei Auftauchen, einzuziehen.

Jugendgruppe Neukölln. Partei- und Unionsgenossen, schickt eure Kinder zur Jugend. Jeden Mittwoch, abends 7.30 Uhr im Jugendheim, Kaiser-Friedrich-Straße 4.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: Kurt Hellwig, Düsseldorf. — Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstr. 169.

5. Jahrg. Nr. 48 — Preis 0,15 Mark

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Strassenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juni 1924

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 20. (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preis. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Betriebsstillegungen in ganz Deutschland

Im Bergbau werden Zechen stillgelegt, da dieselben nicht mehr genug Profit abwerfen.

Die Kali-Industrie legt Feierschichten ein und nimmt Entlassungen vor.

In der Eisen- und Metallindustrie werden Werke stillgelegt, Entlassungen von Arbeitern vorgenommen und Kurzarbeit eingeführt.

Im Maschinen-, Lokomotiv- und Wagenbau, in der elektrischen, chemischen, Textil-, Tabak- und Glasindustrie finden überall Entlassungen von Arbeitern statt und wird Kurzarbeit eingeführt.

Die Möbelindustrie schrumpft zusammen. Etliche Betriebe stillgelegt, Entlassungen von Arbeitern an anderen Orten und Stellen.

Die Gummiindustrie meldet Arbeitszeitverkürzungen und auch Entlassungen, vor allem Hannover.

Das sind so etliche Stichproben von dem wirtschaftlichen Bild — Chaos —, das die freie, deutsche Republik gewährt. Während die Zeilen niedergeschrieben und gedruckt werden und an unsere Leser gelangen, hat sich der Zustand schon längst verschlimmert. Sind weitere tausende Proletarier abgebaut, die bald zu Hunderttausenden, zu Millionen die Stempelmärkte bevölkern werden, um dort die Ueberweisung der Zwangssklavenarbeit entgegenzunehmen.

In der Geschäfts- und Handelswelt mehren sich die Zusammenbrüche und Konkurse. Die Zerstörung der Kaufkraft als Folgeerscheinung des langjährigen Vernichtungskrieges muß bis zur systematischen Vernichtung des Proletariats fortgesetzt werden.

Noch lindern die Landwirtschaft und die Bautätigkeit, sowie dringende Instandsetzungsarbeiten von Straßen und Wegen die katastrophale Auswirkung. Doch bald werden auch diese Bataillone der modernen Sklaven das Heer der Ausgestoßenen riesig vergrößern nebst den noch abzubauenden Arbeitern der städtischen sowie staatlichen Betriebe. Dieser Abbau, der sicher fortgesetzt wird und werden muß, weil eben alles überflüssige Menschenmaterial nur die Ausgaben erhöht und die doch mit allen Mitteln eingeschränkt werden müssen, um mit den wenigen Proleten die Einnahmen durch erhöhtes und verlängertes Schuften zu vergrößern. Dies wird und muß geschehen, auch wenns der „Vorwärts" ableugnet.

Die durch den Plan der Sachverständigen eingeleitete Kolonisierung Deutschlands befindet sich erst in ihrem ersten keimhaften Zustand der Verwirklichung. Die Dauerscheinung der deutschen, demokratischen, ja freiesten Republik der Welt, der Belagerungszustand in Zivil, wird bald dem offenen Terror der Bourgeoisie und ihrer Lakaien Platz machen. Die neuen notwendigen Zwangs- und Zuchthausgesetze, die notwendig und schon in Bearbeitung sind von der Ebert - Marx - Regierung werden das Proletariat jäh aus seinen Träumereien aufscheuchen und es die Unmöglichkeit vordemonstrieren, seinen Klassenkampf national, auf sogenannter demokratischer Grundlage zu führen.

Schon bieten die Lakaien und Steigbügelhalter des Kapitals, die Rufer und Großzüchter der weißen Garden, die Sozialdemokraten und Gewerkschaften dem Kapital erneut ihre Dienste an. Was soll es anders bedeuten, wenn man, nachdem man erst etwas radikalen Schaum geschlagen hat vorwegen Unternehmerborniertheit, zum Schluß sagt:

„Inzwischen wird das Unternehmertum gut tun, statt ultimative unerfüllbare Forderungen an die Gewerkschaften zu stellen, **mit deren Hilfe die Intensivierung und Rationalisierung der Produktion zu betreiben.**"

Scherzhaft gemeint ist natürlich nur und kann es nur sein, daß das Unternehmertum, also das Kapital, eine zeitlang mit geschmälertem Profit, nein sogar ohne Gewinne arbeiten soll. Dies steht wörtlich in demselben Artikel vom „Vorwärts", den 20. Juni, Morgenausgabe.

Das Reptil weiß natürlich, daß dies Blödsinn ist. Doch ist es auch Unsinn, so wird doch ein Zweck damit befolgt, nämlich die Proletarier weißmachen zu wollen, daß das Kapital gezwungen werden kann eventuell durch Demonstrationen oder die parlamentarische, „positive" Arbeit der „Völkerbefreienden" ohne Gewinn die Produktion aufrecht zu erhalten. Die Zeilen sind noch nicht gelesen und schon beweisen die harten Tatsachen, daß das Kapital eher alles in Schutt und Asche legt, denn dem Proletariat oder den Gewerkschaften zuliebe die Produktion aufrechtzuerhalten. Diesen Bluff braucht man natürlich, um die Intensivierung, das heißt erhöhte Leistungsfähigkeit der Betriebe herbeizuführen. Dieses wiederum kann nur — und dem Proletariat sei es immer wieder gesagt — nur herbeigeführt werden, da der Profit nicht leiden darf, er ja der treibende Faktor dieser „Ordnung" ist, die jetzt sich als wüstes Chaos entpuppt, durch längeres und billigeres Schuften der Proleten, die noch benötigt werden im Produktionsprozeß.

Diese Anbiederung der Lakaien wird man in dem Moment verstehen, wenn die Bourgeoisie in dem sich um die rote Fahne sammelnden Proletariat wieder eine akute Gefahr sieht. Augenblicklich glaubt man ohne diese Kleinbürger auskommen zu können, da ja ihre Stellung zu Kapital sie selbst zur steten Hilfeleistung verpflichtet und sie all die erhaltenen Fußtritte des letzten halben Jahres sofort vergessen haben, wenn ihr Herr sie wieder zur Niederschlagung der sich aufbäumenden Proletarierbataillone durch die Parole „Einigkeit" braucht.

In Fieberschauern windet sich die kapitalistische Waren- und Profitordnung national wie international. Millionen Ausgebeutete wehren sich täglich gegen ihre Vernichtung. Auf die zielbewußten und nüchternen Vorstöße reagieren, antworten die Proletarier gefühlsmäßig, im Rausch, ja man könnte bald sagen im traumhaften Zustand.

Immer wieder lassen sie sich von allen möglichen bürgerlichen Subjekten als Objekt behandeln, daß man kneten und formen kann je nach Belieben. Doch wird dies ja auch überwunden werden müssen vom Proletariat, wenn es nicht untergehen will als Klasse.

Das zusammenbrechende kapitalistische Gebäude begräbt unter seinen Trümmern das Proletariat. Diese geschichtliche Wahrheit mag vielen Proletariern noch als eine Phrase erscheinen, weil sie sich diesen Untergang nur als einen einmaligen Akt denken können auf Grund ihrer bürgerlichen Denkweise, doch dies ändert an dem geschichtlichen Lauf der Dinge nichts.

Doch durch die Tat des Proletariats, die dem Willen und der Erkenntnis der Klasse entspringt, nicht mehr Objekt des Handels zwischen seinen Ausbeutern und seinen Seelenverkäufern zu sein, sondern sich zum Subjekt geschichtlichen Handelns aufwirft, wird und kann und muß der Lauf der Dinge geändert werden zum Segen der Menschheit.

Zertrümmerung der Gewerkschaften, der politischen parlamentarischen Parteien, Schaffung von revolutionären Betriebsorganisationen und Stärkung der antiparlamentarischen Kommunistischen Arbeiterpartei ist die erste Voraussetzung der Selbstbewußtseinsentwicklung und somit des Sieges des Proletariats.

Verschärfung des Belagerungszustandes
Streikverbot für die Eisenbahner

Folgende Verordnung, die die Unterdrückung jeglicher freien Meinung bedeutet und den Auftakt zu den Versklavungsplänen, der vollständigen Niederknebelung und Niederkartätschung des gesamten deutschen Proletariats gibt, ist das Schmuckstück der demokratischen Republik:

Berlin, 20. Juni.

Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird verordnet: Artikel 1I hinter dem Absatz 1 des § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 152) werden folgende neue Absätze 2 bis 4 eingefügt:

„Periodische Druckschriften können auch dann verboten werden, wenn durch ihren Inhalt zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die von Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen oder zu Gewalttätigkeiten gegen politisch oder wirtschaftlich Andersdenkende aufgefordert oder angereizt wird.

Das Verbot einer periodischen Druckschrift umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt und die im gleichen Verlag wie die verbotene Druckschrift erscheinenden Kopfblätter. Die Zustellung eines Ersatzblattes an die Bezieher der verbotenen Druckschrift ist verboten.

Druckschriften, die auf Grund dieser Verordnung verboten werden können oder die den Beziehern einer verbotenen Druckschrift als Ersatzblatt zugestellt werden, unterliegen der Beschlagnahme, die nicht der richterlichen Bestätigung bedarf."

Den bisherigen Absätzen zwei und drei werden zwischen den Worten „Verbote" und „periodische Druckschriften" die Worte „und Beschlagnahmen" eingefügt.

Artikel 2. Im § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 8. Februar 1924 werden hinter den Worten „oder der von ihm bestimmten Stellen" die Worte eingefügt „oder werden Vorschriften des § 2 Absatz 3 Satz 2 dieser Verordnung".

Berlin, den 17. Juni 1924.

Der Reichspräsident Ebert. Der Reichskanzler Marx.
Der Reichsminister des Innern Dr. Jarres.

Der kürzlich noch gerade verhinderte Eisenbahnerstreik scheint der Regierung doch sehr an die Nerven gegangen zu sein. Da man nun weiß, daß aufgeschoben nicht aufgehoben ist, will man nun recht schnell ein für allemal einen Riegel vor die Gurgel des Staates schieben, damit dieselbe mehr geschützt ist.

So ist der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -anwärter folgendes Schreiben vom 20. Juni zugegangen:

„Auf mein Schreiben vom 4. Januar 1924 betreffend Streikrecht der Beamten habe ich eine Antwort bis heute nicht erhalten. Die Verhandlungen mit den Spitzengewerkschaften haben zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Ich sehe mich daher genötigt, Ihnen zur Erledigung der Angelegenheit eine letzte Frist bis zum 15. Juli d. J. zu stellen. Sollte bis dahin eine dem Standpunkt der Reichsregierung entsprechende Aenderung des § 2 Ihrer Satzungen nicht herbeigeführt oder mir sonst eine befriedigende verbindliche Erklärung, die sich mit dem Standpunkt der Reichsregierung im Einklang befindet, nicht zugegangen sein, so werde ich die in meinem Schreiben vom 4. Januar in Aussicht gestellten Folgerungen ziehen. gez. Oeser."

Der „Vorwärts" ist nicht entrüstet darüber. Daß man das Streikrecht abschaffen will, — daß dies notwendig ist zur Durchführung des Planes der Sachverständigen, weiß er sehr gut — sondern nur, daß die bürgerliche Presse dies so schnell gebracht hat, ehe es das Reptil bringen konnte. Die Spitzenverbände werden den — welche Tat — Verhandlungsweg beschreiten, d. h. mit anderen Worten, das Streikrecht der Eisenbahner, was überhaupt ein ganz bedingtes war, wird abgeschafft. Dann kommen die anderen Gruppen, die auch noch wichtig sind, die Elektrizitäts-, dann die Transportarbeiter und so verschiedene andere hinterher.

Genau wie im Kriege im Interesse der „Allgemeinheit", des Vaterlandes, die Gewerkschaften das Streikrecht erledigt hatten, genau so werden diese „ehrbaren" Bürger auch jetzt im Interesse der „Einheit der schwer bedrohten Republik" zu dieser ihrer wahrscheinlich letzten Gemeinheit bereit sein und müssen; denn die kommenden Streiks werden ein Verbrechen am Kapitalismus und an der deutschen Republik sein. Wer sein Vaterland, wer seine Republik lieb hat, streikt eben nicht, sondern verreckt auf allerhöchste Anordnung.

Italien — Deutschlands Vorbild

WTB. meldet aus Rom vom 20. Juni: Eine Verordnung des Ministeriums des Innern verbietet auf das strengste Oppositionsblätter zu verbrennen oder ihre Verbreitung mit Gewalt zu verhindern.

Diese Meldung ist bezeichnend. Doch mit Riesenschritten eilt die deutsche, die freieste Republik dem Vorbild Italiens nach, und wenn sich das deutsche Proletariat nicht aufrafft, dann wird es bald durch den offenen weißen Terror aufgescheucht werden.

Der Mord an Matteotti

Am hellichten Tage, 4,30 Uhr nachmittags, wird der Deputierte Giacomo **Matteotti**, Generalsekretär der sozialistischen Unitarier, als er gerade aus seinem Hause in Rom tritt, von fünf Unbekannten angehalten, ein Stockschlag über den Kopf macht ihn besinnungslos, er wird in ein bereitstehendes Automobil geschafft und ist seitdem verschwunden. Einige Bürger, die den Vorgang zufällig mitansahen, schweigen. Sie schweigen in dem Glauben, daß es sich um die Verhaftung eines Verbrechers oder — einer Strafexpedition der faschistischen Feme handelt. Auch das ist bezeichnend für die Situation in Rom. Seine Gattin ist die erste, die Verdacht schöpft, als er, der bis auf die Minute Pünktliche, zur gewohnten Stunde nicht zum Essen erscheint. Nachforschungen, die die Polizei zunächst lässig und ohne besonderes Interesse führt, lassen eine Entführung für wahrscheinlich halten. Erst als die sozialistische Presse Lärm schlägt und die Oeffentlichkeit unruhig zu werden beginnt, ordnet Mussolini energische Maßnahmen an und überraschend schnell folgt nun Verhaftung auf Verhaftung. Namen schwirren auf, die zu den Säulen der faschistischen Herrschaft zählen, hochgestellte Regierungsbeamte ergreifen die Flucht und im Laufe einer halben Woche steht der Sachverhalt der Tat fest: Matteotti ist im Automobil, nachdem er aus seiner Betäubung erwachte und zu schreien begann, von gedungenen Mördern auf viehische Art und Weise abgeschlachtet worden.

Nach Feststellung dieses Tatbestandes hat sich in Italien ein Sturm der Empörung erhoben, den alle Kunst des Ministerpräsidenten bis zur Stunde nicht hat bändigen können. Matteotti entstammte einer wohlhabenden Bürgerfamilie der Provinz Ferrarra. Schon als Jüngling nahm er lebhaften Anteil an den lokalen Parteikämpfen und zwar auf Seiten der Sozialisten. Nach vollendetem Eintritt in die Bewegung nahm er sich besonders der armen Bauern an. 1918 wurde er zum erstenmal, 1921 zum zweitenmal in die Kammer gewählt. Nach dem Verschwinden von Freres und Turati sah man in Matteotti den geistigen Leiter des italienischen Sozialismus. Nach Mussolinis Marsch auf Rom, wurde er die Seele des sozialistischen Widerstandes gegen den Faschismus. Bei den letzten Wahlen wurde er von den Provinzen Laccium und Venezien in die Kammer gewählt. In der ersten Sitzung schon hielt er eine Rede, welche die Wahlkorruption der faschistischen Partei bloßlegte. Daß ihm schon nach dieser Rede der Tod zugedacht war, erscheint gewiß. Matteotti pflegte in der letzten Zeit des öfteren zu sagen: „Niemand von uns weiß, ob er das Haus, das er am Morgen verläßt, am Abend lebend wieder betreten wird.“ Das Schicksal, dem er gefaßt entgegensah, hat sich erfüllt. Aber es war nicht nur die alte Rechnung, welche die Mörder beglichen, die Tat entsprang einem anderen Motiv.

Seit einiger Zeit schon dröhnte es dumpf im Gebälk des faschistischen Regierungsbaues. Mehr oder weniger laut sprach man in Rom von „Affarismen“ (Schiebungen heißt das gute deutsche Wort dafür), deren Drahtzieher und Hintermänner in der faschistischen Partei saßen und zwar manche dicht an den Stufen von Mussolinis Thron. Da war eine Konzessionserteilung für die Bohrung von Petroleum, um die sich eine amerikanische Gesellschaft sehr nachdrücklich bewarb; da war ein Dekret, das die Einrichtung von Spielhöllen, die vor einem Jahr noch vom Ministerrat abgelehnt worden war, wieder genehmigen sollte; da waren Hochverratsprozesse gegen unbequeme Persönlichkeiten und mysteriöse Bankangelegenheiten, ein ganzer Sumpf von Korruption, in dem die höchsten Beamten des Staates plätscherten. Und es waren die Namen der Rossi, Fiuzi, Filipelli, der eine Pressechef der Regierung, der andere Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern, dessen Chef Mussolini selber ist, der dritte Direktor des „Corriere Italiano“, eines faschistischen Parteiblattes, das Mussolini gegründet hat, die man sich in Zusammenhang mit allen diesen Affären zuflüsterte. Aber niemand hätte gewagt, diese Namen laut zu nennen, die Untergründe aufzudecken, mit einem Wort, den Stoß in diese Eiterbeule des Faschismus zu wagen.

Matteotti war der einzige, der sich zu diesem Wagnis bereit fand. Mit welchen Gefühlen mögen die, denen es anging, seine Mappe betrachtet haben, in der er schon seit geraumer Zeit das Material für seine große Rede in der Kammer bei sich führte, in der er dem Faschismus einen tötlichen Stoß zu versetzen gedachte. Und es ist sicher, daß seine Enthüllungen gewirkt haben würden wie eine Fanfare. Das galt es um jeden Preis zu vermeiden. Es war nicht schwer, in der faschistischen Partei Gesindel zu dingen, das, vielleicht mit einem schmalzigen Hinweis auf die „Pflichten eines guten Patrioten“ sich gegen angemessenes Honorar bereit erklärte, das Material an sich zu bringen und dem Redenmutigen vorerst den Mund zu stopfen. Beileibe kein Auftrag zur Ermordung! Es ist unwahrscheinlich, daß die Vertrauten Mussolinis ihm keinen Bericht erstattet haben sollten über die drohende Gefahr. Und ebensowenig wahrscheinlich, daß Mussolini sich nicht mit allem einverstanden erklärt hätte, was die Gefahr zu bannen imstande war. Straffreiheit auf alle Fälle war sicherlich gefordert und gewährt. Und so übernahm denn Rossi, der Pressechef der Regierung, die Angelegenheit zu ordnen.

Als nicht mehr zu vertuschen war, daß Matteottis Leichnam, von einem Dutzend Messerstichen zerfetzt, von Schüssen durchlöchert, mit herausgerissenem Auge, hinter einer Hecke im Walde von Vico von zwei Knaben entdeckt worden war, nachdem Rossi sich bereits nach der Schweiz in Sicherheit gebracht hatte, Fiuzi, Filipelli und ihre Gesellen Volpi und Demini (bei letzterem fand man den blutigen Dolch, die blutstarrende Hose Matteottis und Visitenkarten, die Demini als Angehörigen des Pressebüros im Ministerium des Inneren ausweisen) notgedrungen verhaftet waren, nachdem schnell vorher noch eine Komödie zurechtgestümpert war, in der alle drei um ihren Abschied aus dem Amte „ersucht“ hatten, als die Stimmen des Verdachts immer lauter und lauter Mussolini als den wahren Schuldigen bezeichneten, da hüllte sich der Herzog in seine Toga und tritt vor die Kammer. Mit Gesten eines antiken Schauspielers würdig, deklamiert er mit tragischer Stimme, „daß mein ärgster Feind mir nichts Schlimmeres hätte zufügen können als diesen Mord. Die ihn begangen, seien die dümmsten Verbrecher der Geschichte, die ein Verbrechen nicht gegen den Sozialismus, sondern gegen mich und den Faschismus auf dem Gewissen hätten.“ Und als der Abgeordnete Chiesa ihm zuruft, jetzt sei es Zeit, aus dem Bündel der Ruten das Beil hervorzuziehen, ruft er hohl: „Verlangt, daß ich die Todesstrafe wieder einführe und ich werde es tun!“

Das Schauspiel täuscht uns nicht. Wir kennen die Feigheit dieser Leute im eignen Land zur Genüge, wissen, daß sie im gegebenen Moment jeden Helfer erbarmungslos fallen lassen, um ihre Macht zu retten. Manche glauben an Mussolinis ehrlichen Willen, glauben, daß seine Versöhnungsrede, in der er vor zehn Tagen versprach, „das Land zur Normalität im Sinne einer eifrigen sozialpolitischen Tätigkeit zurückzuführen“ aufrichtig gemeint war. Mag sein, daß die Tat an Matteotti über die Weisungen hinaus ging, mag sein, daß sein Entsetzen im Augenblicke echt ist, er ist dennoch der wahre Mörder. Das Proletariat Italiens wird er nicht täuschen. Er war es, der die Druckereien stürmte, die Volkshäuser in Asche legte, hundert der Besten meucheln ließ, bis Italien ein einziges Zuchthaus war. Das Proletariat Italiens hat es nicht vergessen. Es wird eines Tages aufstehen und die Rechnung begleichen. „Die Arbeiter werden meine Leiche segnen“ rief Matteotti im Augenblick des Todes. An jenem Tage werden sie es tun.

Zur Kritik der Waffen

Wehleidige Gemüter werden wieder beklagen, daß „Marxisten untereinander streiten,“ daß bewährte „Autoritäten“ angefochten werden.

Aber Marxismus ist nicht ein Dutzend Personen, die einander das Recht der „Sachverständigkeit“ ausstellen und vor denen die Masse der gläubigen Moslims in blindem Vertrauen zu ersterben hat. **Marxismus ist eine revolutionäre Weltanschauung, die stets nach neuen Erkenntnissen ringen muß, die nichts so verabscheut wie das Erstarren in einmal gültigen Formen, die am besten im geistigen Waffengeklirr der Selbstkritik und im geschichtlichen Blitz und Donner ihre lebendige Kraft bewährt.**

Rosa Luxemburg

(Akkumulation des Kapitals)

(Band II, Seite 120)

Politische Rundschau

Des „Vorwärts“ neue Liebe

In den Narrenhäusern der einzelnen kapitalistischen Nationen spielen sich die interessantesten Dinge ab. Bekanntlich sind nach dem „Vorwärts“ alle die Schwatzbuden ein Narrenhaus, in denen man nicht genug nach dem Rezept der Sozialdemokratie die Täuschung der Proletarier in Szene setzt. Dort, wo dies geschieht, ist die vollendete Demokratie oder der reife Marxismus am Werke, der Menschheit eitel Glück und Sonne zu bescheren, so in England, Dänemark, Deutschland mal gewesen, aber kommt wieder und jetzt soll ja auch Frankreich soweit sein.

Der Linksblock hat über den Nationalen Block gesiegt. Im Linksblock, vielmehr in der Regierung desselben, sind allerdings etliche alte Reaktionäre mit vertreten, dafür kein „Sozialist“. Doch dies macht ja der „Vorwärts“-Liebe kein Kind; Hauptsache, man will etwas ähnliches wie die SP., was ja nachher doch alles dasselbe ist. So lautet die Erklärung der Sozialistischen Partei, die Paul Faure verlas.

Breitscheid hat ja bekanntlich etliche Tage auf Herriots Schwelle gelegen wie ein Hund zu seiner Zeit vor der Tür der Hündin. Tagelang füllt der „Vorwärts“ ganze Seiten nur mit Frankreichs neuer Blockregierung. Der Linksblock wird genau so eingeführt, wie seinerzeit die MacDonald-Regierung, deren dauernde Niederlagen und Schlappen nur noch kurz registriert, manchmal auch beschämt verschwiegen werden.

Die Kammerdebatte ist nun mal sehr stürmisch gewesen, fast hätte es eine Schlägerei gegeben, meldet der „Vorwärts“. Doch die Gründe verschweigt er seinen Lesern.

Jedenfalls gehts überall egal zu, weil es ja nicht anders sein kann; denn die Zersetzungserscheinungen in dem politischen Leben sind ja nur das Spiegelbild oder die Reflexe der wirtschaftlichen Zersetzung. Was besonders deutlich in der bayerischen „Ordnungszelle“ zutage tritt. Da kriegt man überhaupt keine sogenannte Regierung mehr zustande. Und die Weltgeschichte geht trotzdem ihren Lauf.

Alles in allem kann man feststellen, daß die politische Krise in vielen Ländern schon die ökonomische überholt hat. Was bei jeder Gelegenheit immer wieder in Erscheinung tritt, trotz der verzweifelnsten Bemühungen der sozialdemokratischen Parteien aller Länder, dies zu verschleiern.

Umwandlung der Eisenbahn

Bekanntlich sollen die deutschen Eisenbahnen ein Ding an sich werden. Sie sollen internationalisiert werden bis nach soundsoviel Jahren, wenn Deutschland alles berappt hat, was auf dem Papier sehr leicht aufgezeichnet und auch sehr leicht unterschrieben werden kann, sie wieder in den Besitz des deutschen Vaterlandes zurückkehren.

Wie die hohen und höchsten Behörden aussehen, wie sie sich nennen und wo sie wohnen, nicht wie sie wohnen; denn dies tun sie alle gleich, könnte dem Eisenbahner, wir verstehen da Arbeiter und Beamte drunter, piepschnuppe sein. Auch ob er dann Beamter oder Angestellter heißt. Ausbeutung unter dieser oder jener Form, Art oder Benennung bleibt Ausbeutung, und diese gilt es zu bekämpfen. Doch folgendes müssen sich die jetzt so folgsam gewesenen Eisenbahner durch den Kopf gehen lassen. Und zwar sagt's ihnen der Plan der Sachverständigen sehr deutlich, den der „Vorwärts“ dahin ergänzt:

„Der Reichseisenbahnbeamte wird ein Beamter eigener Art sein. Bei der starken Betonung des kaufmännischen Gesichtspunktes durch die Sachverständigen und **bei der politischen Bedeutung, die nach der Umwandlung der Reichseisenbahn in der ungestörten Aufrechterhaltung des Betriebes liegt, werden qualifizierte Arbeit und Disziplin in der Reichsbahn eine besonders wichtige Rolle spielen.**“

Qualifizierte Arbeit heißt doch bei nüchterner Ueberlegung in der Sprache des Proleten, daß nur diejenigen behalten werden, die noch jung und arbeitswillig auf lange Jahre sind. Die besondere Disziplin übersetzt man in ein Streikverbot, da ja durch Streik alle kaufmännischen Grundsätze hinfällig sind. Und während gestern noch das Reptil den Abbau als Ente bezeichnete, muß es heut schon zugeben, daß ein weiterer Abbau nur in den Bürobetrieben vorgenommen werden kann, da sich ja jetzt schon die Unfälle ins maßlose gesteigert haben.

Da ja nun die SPD. die eifrigste Verfechterin des Sachverständigen-Gutachtens ist und die Durchführung nur nach kaufmännischen Gesichtspunkten, das heißt kapitalistischen, möglich erscheint, wird und muß die SPD. alle Niederträchtigkeiten, die sie bisher am Proletariat begangen hat, weit, weit in den Schatten stellen, wobei sie sich aber auch sicher das Genick brechen wird. Daß dies recht schnell und gründlich geschieht, daran wollen wir mit allen Kräften mitarbeiten, da der Kampf gegen das Kapital ohne den Kampf gegen die SPD. ein Unding ist.

Kulturelend

Die Bourgeoisie hustet auf Kultur und Bildung, wenn sie sich in den Weg ihrer Profitmacherei stellt. Aber im Kampfe gegen den Konkurrenten versucht die Bourgeoisie gern ihrer Fratze die frommen Züge sittsamer Biedermännlichkeit zu geben, um in dieser „pazifistischen“ Maske um so eher das ganze Kleinbürgertum und die demokratisch eingestellten Arbeiter vor ihren Karren zu spannen. Die Kultur steht im Zeichen des Abbruchs, jammern die Preßbengel in den kapitalistischen Zeitungen. Aber beileibe nicht in Deutschland! Nur im besetzten Gebiet. Der noch nicht abgebaute preußische Minister für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung hat der Reichsregierung eine dicke Denkschrift über die Schulnot im besetzten Gebiet überreicht, der wir einiges entnehmen:

Der Statistik zufolge wurden 215 Schulgebäude ganz und 65 Schulgebäude teilweise beschlagnahmt; die Zahl der beschlagnahmten Schulräume beträgt über 3200, über 79 000 Kinder erhielten unzureichenden Unterricht.

Bei der Vereinigung mehrerer Schulen in einem Gebäude muß der Unterricht sehr früh beginnen und vielfach recht spät aufhören. In beiden Fällen findet er bei ungenügender künstlicher Beleuchtung statt, deren Folgen für das Augenlicht nicht erörtert zu werden brauchen. Ferner fehlt es in derartigen Gebäuden an hinreichenden Möglichkeiten zur Reinigung und Lüftung, die Pausen müssen gekürzt werden, die Spielnachmittage fallen fort. Neben den körperlichen Gefahren ist zu befürchten, daß allmählich das geistige Niveau der Schulen herabgedrückt wird. Weiter ist der regelmäßige Besuch des Religionsunterrichts sowie des Schulgottesdienstes durch die Maßregeln der Besatzung stark behindert.

Daß diese Verhältnisse auch auf die sittliche Erziehung der Jugend verhängnisvoll einwirken müssen, ist leicht ersichtlich. Es darf nicht übersehen werden, daß auch den Eltern aus den Folgen der Beschlagnahme erhebliche Schwierigkeiten erwachsen. Die Hauswirtschaft leidet stark unter den Unregelmäßigkeiten, es entstehen höhere Aufwendung für Heizung und Beleuchtung sowie für Straßenbahnbenutzung bei weiteren Schulwegen. Aus vielen Städten des belgisch und französisch besetzten Gebiets wird von mangelndem Arbeitsernst der Jugend, von zunehmenden Roheiten und schlechtem Gesundheitszustand berichtet.

Daß die französische Bourgeoisie und ihre weißen Garden sich benehmen, wie sich eben alle Bourgeoisien gleich welcher Landesfarben zu benehmen pflegen, weiß die deutsche Bourgeoisie aus ihrer eigenen „Kultur“praxis. Die „große eiserne Zeit“ und erst recht die letzten Jahre reden eine deutliche Sprache. Aber sie fürchtet, daß der Anschauungsunterricht, den die Proletarierkinder täglich erhalten, zu früh bei diesen zu einer Reife gelangt, die in späteren Zeiten ihr gefährlich werden könnte. „Mangelnden Arbeitsernst“ schreibt der Minister. Das Stichwort ist nur zu bekannt ....

Ketten

Man redet heute viel vom „Herr-im-Hause“-Standpunkt des Unternehmers und meint damit die offene klare Sprache des Kapitals, in der es seinen Arbeitssklaven seine Bedingungen der Lohnarbeit diktiert. Dem revolutionären Proletariat ist diese offene Kampfstellung seiner Gegner nur Vorbild, wie es selbst seinen Kampf zu führen hat. Anders dem frommen Gewerkschaftsmann. Ihm ist diese Eindeutigkeit ein Greuel. Und wie er politisch an eine himmelblaue Demokratie hängt, „kämpft“ er auch um die „Demokratie im Betrieb“ und glaubt auf diese Weise den kapitalistischen Unternehmer allmählich aus dem Betrieb herauszustimmen. Wie alle reformistischen Illusionen in den Köpfen der Arbeiter die Stellung des Kapitals nur festigen, so auch der Fimmel von der Betriebsdemokratie. Sie marschiert momentan. Diesmal sind es die Unternehmer selbst, die nach der Demokratie schreien.

Die Striemerei der Gewerkschaften ist vom Kapital deutlich verstanden worden. Die politische Arbeitsgemeinschaft zwischen Kapital und Gewerkschaften erhält ihre Ergänzung durch die neue Werksgemeinschaft. Diese gelbe Blume kann nur wachsen auf dem so gut gedüngten Boden, wie ihn die gewerkschaftliche Ideologie präsentiert. Denn wo Nationalismus und Demokratie in den Köpfen der Arbeiter spuken, ist der Weg zur offenen Unterstützung der kapitalistischen Ordnung und Betriebspatriotismus nur ein logischer Schritt.

In Frankfurt a. M. tagte kürzlich die 5. Konferenz für Werkspolitik. Wichtiger als der einleitende Vortrag des bekannten Nietscheaners Dr. Horneffer, der da glaubt, dem proletarischen Klassenkampf durch Aussicht auf Pensionierung des Arbeiters den Wind aus den Segeln zu nehmen, weil nach seiner Meinung die „verhängnisvolle Nervosität“ (eben der Klassenkampf) durch die Angst vor dem unversorgten Alter hervorgerufen wird, waren andere Tagesordnungspunkte. So wurde u. a. ein Arbeitspolitiker gefordert, dessen größte Gabe Takt und psychologisches Verständnis nur gegenüber der Belegschaft zu sein hätte.

Die Arbeiterklasse ist reichlich mit Striemern gesegnet. Wir können die Dutzende herzählen, die alle das beste Zeug für diesen neuen Beruf aufweisen. Wenn sie auch nicht alle den Doktorhut tragen; ohne ihn ist ihre Tätigkeit nach alter Erfahrung noch fruchtbringender für das Kapital.

Dem Betriebsrätegesetz stellte man das beste Zeugnis aus:

„Man muß anerkennen, daß es wichtige Vorteile auch den Unternehmern gebracht hat. Im Betrieberatwesen liegt auch das wichtigste Mittel des Unternehmers, sich Verständnis für seine Maßnahmen bei der Arbeiterschaft zu sichern.“ Und mehr soll es auch nicht sein.

Aus den Zeitungsberichten über diese Tagung ist nicht zu ersehen, ob auch die Pinkertons zur Sprache gekommen sind. Ohne diese ist die Werksgemeinschaft nur ein halbes Gebilde, weil sie just so wichtig sind, wie die Spitzel in der demokratischen Republik.

Den Abschluß der Tagung bildete eine Aussprache über Betriebs-Sozialpolitik. Der Ausbau dieser feinen Fäden, die den Riesen Proletariat gullivergleich an die Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft fesselt, fand allseitige Zustimmung.

So werden die demokratischen Illusionen der Arbeiterklasse zum Amboß, auf dem der Kapitalismus die Ketten für das Proletariat zurechthämmert. Und ob sie golden oder eisern geschmiedet sind: Kette bleibt Kette .....

Ein Freibillett für die Bourgeoisie

Der Reichsfinanzminister hat einen Erlaß an die Landesfinanzämter gerichtet, dessen Zweck die erhöhte Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage einzelner von der Kreditnot schwer betroffenen Unternehmungen ist. Unter Wahrung der Interessen des Reiches, das auch weiterhin ebenso wie die Länder und Gemeinden auf regelmäßig fließenden Steuereinnahmen, angewiesen ist, kann im einzelnen Falle auf Antrag teilweise oder vollständige Stundung der Steuern auf einen beschränkten Zeitraum gewährt werden, „wenn glaubhaft gemacht wird, daß Mittel nicht flüssig gemacht werden und wenn die Veräußerung von Betriebsmitteln entweder die Aufrechterhaltung des Betriebes gefährden würde oder nur zu Preisen erfolgen könnte, die so außergewöhnlich tief liegen, daß dem Steuerpflichtigen damit ein weit über die bezweckte Steuerbelastung hinausgehendes Opfer auferlegt würde.“ Auch eine Pfändung soll nur erfolgen, wenn die Gefahr einer Verschleuderung von Waren und einer Bedrohung des Betriebes nicht besteht.

Der klassenbewußte Arbeiter weiß, daß die Bourgeoisie noch nie Steuern zahlte, auch wenn sie sie zahlten. Um deutlicher zu reden: Es werden alle Angaben und Ausgaben, die der Unternehmer, der Kapitalist hat, in den Preis eines Produkts eingerechnet. Dazu kommt der Aufschlag, der Profit, sodaß stets der Konsument, also das Proletariat der einzige Steuerzahler ist. Diese jetzige Verfügung stellt natürlich einen direkten Anreiz dar, die schon in den Preis des Produktes einkalkulierten Steuern nicht zu zahlen. Den Nachweis der Unmöglichkeit der Geldbeschaffung zu bringen, dürfte heut nicht schwer fallen. Uebrigens haben ja die Riesenkonzerne die besten Finanzgrößen in ihren Büros zu sitzen, die spielend leicht die Bürokraten der Finanzämter über den Löffel barbieren. In der Inflationsperiode war übrigens der Steuerabzug der Proleten für die „arme“ Bourgeoisie ein sehr einträgliches Geschäft.

Eisenbahnkatastrophen und kein Ende

Die Zusammenstöße bei der Eisenbahn, die in letzter Zeit eine ungeheure Steigerungsziffer aufzuweisen haben, sind auf nichts weiter zurückzuführen, als auf Ueberarbeitung der betreffenden Personen. Dies weiß sogar die Bourgeoisie, und da ja bei den Zusammenstößen der D-Züge auch die wohlbeleibte Bourgeoisieseele ins bessere Jenseits, ins Himmelreich befördert wird und dies bekanntlich nur fürs arme Pack einen Genuß darstellt, so will man doch noch mal prüfen, inwieweit die Beamten der Stellwerke entlastet werden können.

Ein Buch über die Allgemeine Arbeiter-Union

Im Verlag Gustav Fischer, Jena, ist ein Buch erschienen, welches uns Genossen der Partei, wie der Union, etwas interessieren dürfte. „Hans Boetcher: Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung in Amerika, Deutschland und England. Eine vergleichende Betrachtung. (Probleme der Weltwirtschaft. Schriften des Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel.) XIV und 236 Seiten.

Der Verfasser, Dr. rer. pol. und früher Archivar des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel, stellt sich die Aufgabe, den ideellen Gehalt der modernen revolutionären Bewegung, ihrer Organisationen durch Analyse der Theorie und Praxis der revolutionären Organisationen in den drei kapitalistischen Ländern festzustellen. Er will mit dieser Feststellung den marxistischen Grundsatz über den entscheidenden Einfluß der wirtschaftlichen materiellen Faktoren widerlegen. Er faßt seine Untersuchung folgendermaßen zusammen: „Die materiellen Faktoren in den Vereinigten Staaten, Deutschland und England sind verschieden, ideell aber ist die revolutionäre Bewegung in den genannten Ländern vollkommen gleich. Folglich ist das die Bewegung bestimmte Moment die Idee.“ Der Verfasser hat ein reichhaltiges Material gesammelt und mit einem ungewöhnlichen Pflichteifer studiert und zusammengestellt. Seine Unbeholfenheit in allen Fragen des heutigen revolutionären Klassenkampfes und seine scharf ausgeprägte Spießbürgerlichkeit lassen ihn jedoch eine nicht stichhaltige Auswahl der Daten treffen, die seinen Thesen als Hauptunterlagen dienen. Als Entschuldigung für den Verfasser mag übrigens gelten, daß in der von ihm behandelten Periode 1919-20 viele Details der Bewegung, die damals nur sehr undeutlich hervortrafen, und folglich leicht dem Blick eines Schreibtischgelehrten entgehen konnten.

Nachdem der Verfasser die Entstehung, Vorläufer und Gründung der I. W. W. (Industriearbeiter der Welt) in Amerika geschildert hat, kommt er auf die Entstehung und Gründung der Allgemeinen Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation) zu sprechen.

Er wendet sich zuerst gegen den fälschlichen Begriff, die AAU. sei syndikalistisch, sie hat mit Syndikalismus nicht das Geringste zu tun. Er schildert dann die Gründung der AAU., ihre Aufgaben und Ziele, die Organisationsform, ihre Verbreitung, Zusammensetzung und Stärke und behandelt alles dies in ziemlich objektiver Form, belegt alles mit Nachweisen aus dem „Kampfruf“ und sonst erschienenen Schriften der AAU. Man muß tatsächlich staunen, wie er mit einer Genauigkeit die stattgefundenen Reichs- und sonstigen Konferenzen registriert. Er stützt sich bei allen Angaben auf die herausgegebenen Berichte, Rundschreiben usw., die er genau mit Datum angibt. Nachdem er in besonderen Kapiteln die Stellung der AAU. zur Frage der Zentralisation, zum Parlament und zur politischen Partei behandelt hat, kommt er zu folgendem Schluß: Es gibt in Deutschland nur eine revolutionäre „wirtschaftliche“ Organisation und das ist die Allgemeine Arbeiter-Union (Revolutionäre Betriebsorganisation), und zwar in engster Fühlung mit der Kommunistischen Arbeiter-Partei (KAPD.) und weiter kann eine Weiterentwicklung der revolutionären Bewegung in Deutschland nur in den Bahnen der AAU. erfolgen, denn ihr gehört die Zukunft. Als letzten Abschnitt kommt er auf die englischen Schopstewards zu sprechen und zieht ihr Wesensverwandtes mit der AAU. in Parallele. In einem Nachtrag wird nochmals auf die AAU. eingegangen, insbesondere auf die Differenzen mit Rühle, Schröder usw. Dieser Nachtrag ist, da der Verfasser verstorben, von dem Privatdozenten Dr. Paul Hermberg bearbeitet und enthält verschiedenes Unrichtige. Er hat dazu seine Informationen von Franz Pfempfert eingeholt, dem er in seinem Vorwort mit Dank quittiert.

Das Buch enthält leider nur das Material bis zum Jahresende 1920 und hat insofern geschichtliche Bedeutung, da bisher über die Geschichte der AAU. nichts Geschriebenes existiert. Trotz allen Mängeln sei es den Leitern der Wirtschaftsbezirke empfohlen.

John Henry Mackay: Nachts

Es war an einem feuchtkalten Abend, gegen Mitternacht, die Stadt in Nebel und Rauch, wie in einem undurchsichtigen Schleier gehüllt. Er war hierher gegangen, um einzelnen der Obdachlosen die wenigen Kupferstücke zu geben, welche sie brauchten, um die Nacht über in einem der Lodginghäuser, statt in der eisigen Kälte der Nacht zu verbringen. Als er diese Stufen niedergeschritten war — der Tunnel war überfüllt von Menschen, die, nachdem sie alle Stadien des Elends durchgemacht hatten, am letzten angelangt waren —, sah er vor sich ein Gesicht auftauchen, welches er nie wieder vergessen hatte: Die von Aussatz und blutigen Geschwüren entsetzlich entstellten Züge eines Weibes, welches — an der Brust einen Säugling — ein etwa vierzehnjähriges Mädchen an der Hand nach sich mehr schleppte als zog, während ein drittes Kind, ein Junge, sich an ihrem Rock anklammerte.

„Zwei Schilling nur, Gentleman ... zwei Schilling nur.“ Er war stehen geblieben, um sie zu fragen. „Zwei Schilling nur — sie ist noch so jung, aber sie wird alles tun, was Sie wollen ... “ und dabei zog sie das Mädchen näher, welches sich zitternd und weinend abwendete. Ein Schauder überlief ihn. Aber die flehende und wimmernde Stimme des Weibes ertönte weiter.

„Bitte nehmen Sie sie doch mit. Wenn Sie es nicht tun, so müssen wir draußen schlafen, nur zwei Schilling, Gentleman, nur zwei Schilling. Sehen Sie nur sie ist so hübsch ..“ und wieder riß sie das Kind an sich.

Auban fühlte wie das Entsetzen ihn überschlich. Er wandte sich, unbewußt und unfähig, ein Wort hervorzubringen, zum Gehen. Aber er hatte noch keinen Schritt getan, als sich das Weib plötzlich schreiend vor ihm auf den Boden warf, das Mädchen losriß und sich an ihn anklammerte.

„Gehen Sie nicht fort! Gehen Sie nicht fort!“ Schrie es in entsetzlicher Verzweiflung. „Wenn Sie es nicht tun, so müssen wir verhungern, nehmen Sie sie mit, hierher kommt sonst niemand mehr und auf den Strand dürfen wir nicht, tun Sie es doch ... tun Sie es doch!“ Aber als er sich, ohne es zu wollen, umsah, sprang die vor ihm Liegende plötzlich auf.

„Rufen Sie keinen Policeman! Nein, rufen Sie keinen Policeman!“ rief sie ängstlich, schnell. Da, als sie aufstand, gewann Auban seine Ruhe wieder. Er griff wortlos in die Tasche und reichte ihr hin alles was er an Geld besaß. Das Weib stieß einen Freudenschrei aus. Wieder nahm sie das Mädchen am Arm und stellte es vor ihm hin.

„Sie wird mit Ihnen gehen, Gentleman, sie wird alles tun, was Sie wollen ...“ fügte sie flüsternd hinzu. Auban wandte sich ab und ging so schnell wie möglich durch die Reihen der Schlafenden und Betrunkenen dem Ausgange zu. Keiner hatte der Szene geachtet. Als er am Strand war, fühlte er, wie sein Herz jagte und seine Hände zitterten.

Wer war bemitleidenswerter, die Mutter oder die Kinder? Wie groß mußte das Elend sein, wie entsetzlich die Verzweiflung, wie wahnsinnig der Hunger der beiden? Aber mit Abscheu spricht die Frau der Bourgeoisie von dem „Scheusal von Mutter“ und von dem „verkommenen Kinde“, die Pharisäerin, welche unter der Hand desselben Elends genau denselben Weg gehen würde ....

(Skizze von dem Elend unter den Brücken Londons, aus: „Die Anarchisten“, Kulturgemälde.)

Aus der Jugendbewegung

5. Reichskonferenz der KAJD.

Am 8. und 9. Juni 1924 tagte in Naumburg die 5. Reichskonferenz der KAJD. Der Konferenz voraus sollte eine öffentliche Kundgebung für den kompromißlosen Klassenkampf gehen. Die Arbeiterschaft war zur Massenbeteiligung aufgerufen.

Schon sechs Tage vor der Konferenz wurde jegliche Kundgebung und Versammlung verboten. Die Bürger wurden gewarnt und aufgefordert sich von der Straße fern zu halten. Am 8. Juni rückten dann zur Verstärkung der Sipo drei weitere Hundertschaften aus Bitterfeld in Lastautos an. Die Umgebung Naumburgs wurde abgesperrt. Durch die Straßen fuhren Lastautos mit Sipo und durchstreiften starke Patrouillen. Der Saal für die Versammlung wurde gesperrt. Naumburg war in Kriegszustand versetzt.

Durch den Massenaufmarsch der Sipo und durch das Verbot, hatte sich die Arbeiterschaft einschüchtern und von der Straße verjagen lassen. Trotz aller Polizeimaßnahmen wurde der Reichskongreß jedoch mitten in Naumburg abgehalten. Mit mehrstündiger Verspätung trafen nach und nach alle Genossen ein.

Um 5 Uhr nachmittags wurde die Konferenz unter Anwesenheit von 27 Delegierten und zirka 40 bis 50 Gästen durch eine Ansprache eröffnet. Der Referent wies auf die historische Aufgabe der Konferenz hin, den Weg für die zukünftige revolutionäre Arbeit festzulegen und das Proletariat für die Durchführung der Revolution zu organisieren.

Alsdann fand die Wahl des Präsidiums, der Mandatsprüfungs- sowie einer Redaktionskommission statt. Die Tagesordnung wurde unverändert angenommen, nachdem beschlossen war, über die beiden ersten Referate gemeinsam zu diskutieren.

Von der Holländischen KAJ. war ein Begrüßungsschreiben eingelaufen. Die Genossen selbst konnten wegen finanzieller Schwierigkeiten nicht vertreten sein.

Zum 1. Punkt: **„Die Aufgaben der KAJ. in der sozialen Revolution“** referierte ein Kölner Genosse. Er zeigte die Entwicklung und den Niedergang der kapitalistischen Wirtschaft auf, der zum Untergang führen muß, erfüllt das Proletariat nicht seine historische Mission. Aufgabe der KAJ. muß es sein, gemeinsam mit der KAP. die Voraussetzungen zur Durchführung der proletarischen Revolution in den Köpfen der Proletarier zu schaffen, es für den revolutionären Machtkampf zu schulen und alle Voraussetzungen für die wirtschaftliche, politische und ideologische Umwälzung zu schaffen. Es kommt darauf an, daß inmitten der Kämpfe und Niederlage ein Teil des Proletariats vorhanden ist, der die Lehren und Erfahrungen aus den Kämpfen zieht und unermüdlicher Lehrmeister und Kritiker für das Gesamtproletariat ist. Dies zu sein und die Organisierung der Proletarier für die Revolution vozunehmen ist die gemeinsame Aufgabe der KAJ. und KAPD.

Zum 2. Punkt: **„Der Charakter der russischen Revolution und die revolutionäre Bewegung in Deutschland“** sprach ein Genosse des RAA. Es gilt heute die Proletarier von dem Glauben, daß in Rußland noch Kommunismus sei, und demgemäß Rußland ein Aktivposten für die Revolution, zu befreien. Das Referat schaffte Klarheit über die Ursachen und den Verlauf der russischen Revolution. Ihren Doppelcharakter, in den Städten proletarisch, auf dem Lande bäuerlich-kapitalistisch. Die weitere Entwicklung drängte in Rußland zum Kapitalismus. Das Bauerntum als die wirtschaftlich stärkste Klasse, drückte der Wirtschaft ihr kapitalistisches Gepräge auf. Fernerhin wurde die Entwicklung der kommunistischen Internationale, ihr Mißbrauch für die russischen kapitalistischen Staatsinteressen und demgemäß antikommunistische Politik eingehend beleuchtet. Der weitere Teil behandelte die revolutionäre Bewegung in Deutschland und die zukünftig einzuschlagende Taktik. Gegen die pseudokommunistische Politik der KPD. muß rücksichtslos Stellung genommen werden. Die unter ihrem Bann stehenden Arbeiter müssen für den kompromißlosen Klassenkampf geschult und mit klarer Erkenntnis für die Revolution erfüllt werden. Auch die KAP. und KAJ. müssen mit Ihrer bisherigen starren Taktik brechen und nicht nur die jeweiligen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse richtig analysieren, sondern an den Massenbewegungen und Kämpfen der Arbeiter aktiv anteil nehmen um dadurch unsere Idee unter den Massen zu verbreiten. Nur aus den wirtschaftlichen Kämpfen werden und können sich politische Machtkämpfe entwickeln, die Isolierung von den Wirtschaftskämpfen des Proletariats bedeutet praktisch eine Negation der revolutionären Arbeit. Immer und immer wieder müssen die Arbeiter durch uns vor klare Entscheidungen gestellt werden. Dort wo unsere Idee in den Betrieben sich durchsetzt müssen diese Betriebe zu revolutionären Machtpositionen ausgebaut werden. Unermüdlich gilt es bei allen Kämpfen die Proletarier für den großen Endkampf zu schulen und zu organisieren. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, muß auch unsere Organisation größer und schlagkräftiger werden, denn ohne eine starke und zielklare revolutionäre Organisation wird das Proletariat in den entscheidenden Kämpfen Niederlagen erleiden müssen. Die KAJ. und KAP. sind heute noch am Anfang ihrer Entwicklung. Ihr Programm ist das der proletarischen Revolution. Durch eine bewegliche aktive Taktik, durch Anteilnahme an allen Kämpfen des Proletariats müssen sie sich zu revolutionären Kampforganisationen entwickeln und das Vertrauen der Arbeiter für die Revolution gewinnen. Auf diesem Wege vorwärts zum Kampf zum Sieg.

Zu den Referaten lag eine Resolution des RAA. sowie eine des Bezirks Rheinland-Westfalen vor. Rheinland-Westfalen zog seine Resolution zurück, während die Resolution des RAA. der Redaktionskommission zur Umarbeitung und Erweiterung übergeben wurde.

Zweiter Verhandlungstag.

Ueber beide Referate setzte eine lebhafte Diskussion ein. Alle Redner waren sich darüber klar, daß in Zukunft die Arbeit beweglicher und aktiver gestaltet werden müsse. Es gilt aus der Isolation heraus und unter die Massen zu kommen. Ein Vertreter aus dem Ruhrgebiet schilderte ausführlich die Massenkämpfe und die politischen Fehler die durch unsere Organisationen dort begangen wurden. Ein oppositioneller KPD.-Genosse aus Leipzig sprach sich voll und ganz für die KAP.-Taktik aus, bis zu dem endgültigen Uebertritt wollen die KPD.-Genossen jedoch erst die weitere Entwicklung und Stellungnahme der KAP.-Organisationen zu den wirtschaftlichen Kämpfen abwarten.

Die Resolution zur zukünftigen Arbeit und Taktik, die die Stellung zur KPD. und Rußland sowie zu der nächsten Arbeit festlegt, wurde einstimmig angenommen.

Punkt 3: Organisatorisches. Zuerst wurde der Bericht über die internationale Arbeit gegeben. Diese hat sich günstig entwickelt. Außer in Holland und Memel besteht auch in Dänemark eine kleine Organisation. Es wird in Zukunft gelten durch starke internationale Propaganda den Kampf gegen die kommunistische Internationale aufzunehmen.

Bericht des RAA. Die Organisation hat schwere Erschütterungen durchgemacht. Unter den unglaublichsten Schwierigkeiten mußte gearbeitet werden. Als Erfolg der Arbeit kann eine erste internationale Zusammenkunft im Juli 1923 gebucht werden. Hier erfolgte der enge Zusammenschluß zwischen der KAJ. Deutschland, Holland und Memelland-Littauen. Auf Beschluß dieser Konferenz wurde, als Aktion gegen die Verschandelung des Gedankens des Internationalen Jugendtages durch die KJI. die Abhaltung eines „Internationalen Kampftages der revolutionären Jugend“ alljährlich am dritten Sonntag im September beschlossen. Zum erstenmal wurde dieser Kampftag am 16. September 1923 in Deutschland in Berlin, Essen, Cöthen, Suhl, Chemnitz und Plauen, in Holland in Amsterdam durchgeführt. Im Memelland konnte wegen Verbots der Organisation nur illegale Propaganda geleistet werden. Der Verlauf dieser Kundgebungen, die zum Teil von mehreren hundert jungen und erwachsenen Arbeitern besucht waren, kann, gemessen an der Stärke der Organisation und der dazu geleisteten Arbeit, als gut bezeichnet werden. Gegen die nationale Einstellung der KJ. und KPD. wurde ein rücksichtsloser Kampf geführt. Das Verbot der kommunistischen Organisation traf auch uns in den meisten Bezirken Deutschlands. Ganze Gruppen, Elbing und Tambach-Dietharz, wurden verhaftet. Zella-Mehlis zum Teil ausgewiesen, zum Teil zu fünf und sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. In Rheinland die besten Genossen, Bezirksleitung usw. verhaftet. In allen Gruppen Massenarbeitslosigkeit.

Trotz aller Schwierigkeiten wurde versucht die Zeitung illegal herauszugeben. Was auch gelungen ist. Die schlechte finanzielle Lage verhinderte größere Propaganda. Die Gruppen sind zum großen Teil ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen. Zurzeit sind wir in 44 Orten in 12 Wirtschaftsbezirken vertreten. Neuhinzugekommen sind im vorigen Jahr Organisationen in der Pfalz und in Mecklenburg.

Berichte der Gruppen. Ueberall ist mit aller Anstrengung gearbeitet worden. Die furchtbaren wirtschaftlichen Verhältnisse, der weiße Terror usw. hinderten die weitere Entwicklung der Organisation.

In der **Diskussion** wurden organisatorische Mängel besprochen und Abhilfe geschaffen. Durch intensivere Arbeit wollen die Gruppen ihren Verpflichtungen besser nachkommen. Mit der Arbeit des RAA. war die Konferenz einverstanden. Einstimmig wurde ihm politische und finanzielle Entlastung erteilt.

Punkt 4: Presse. Die „Rote Jugend“ soll öfter erscheinen und verständlicher geschrieben werden. Mehr Mitarbeit ist erforderlich. Auch die Partei- und Unionspresse soll mehr ausgenutzt werden. Die Schreibweise der „R. J.“ wurde im übrigen gebilligt. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, der von der Partei die sofortige Schaffung eines theoretischen Organs für die KAP.-Bewegung verlangt, an der auch die Jugend berechtigt ist in allen Fragen mitzuarbeiten.

Punkt 5. Vruk. Hier wurde das Unterstützungswesen besprochen. Ueber 10 v. H. unserer Organisation befindet sich in den Zuchthäusern und Gefängnissen. Die Verbindung mit ihnen soll aufgenommen werden. Eine Denkschrift und ein Gelöbnis an unsere gefangenen Brüder wurde angenommen. Gerade in diesem Punkt, wird viel Versäumtes nachzuholen sein.

Punkt 6: Verschiedenes, konnte nach Erledigung einiger kleiner Anfragen schnell erledigt werden.

Mit einem kurzen Schlußwort, das Beschlossene mit aller Kraft in Tat umzusetzen und zu kämpfen, dem Gesang der „Roten Jugend“ und einem Hoch auf die proletarische Revolution fand die Konferenz ihr Ende.

Gedenkt der Klassenkämpfer hinter den Kerkermauern! Sammelt und zeichnet auf die Listen der V R U K

Vereinigten Revolutionären Unterstützungs-Kommission

Um die bei den Eisenbahnern arg ins Wanken geratene gute Stimmung wieder herbeizuführen berichtet nun schnell der „Vorwärts“, daß an einen weiteren Abbau der Eisenbahner nicht zu denken sei. Die sich darauf beziehenden Meldungen seien Quatsch und Lüge. Auch soll den Eisenbahnern ihr altes, wohlerworbenes Recht, ihr Beamtenrecht erhalten bleiben, oder man will wenigstens dafür eintreten.

Die Eisenbahner, die sich bei ihrer letzten Bewegung noch reichlich naiv benahmen und mit einer geradezu kindlich reinen Seele ihrem Ausbeuterpack gegenüber standen, werden gut tun, sich schon jetzt in die Front der revolutionären Arbeiterschaft einzureihen, um bei der nächsten Situation, die ihnen von der internationalen Bourgeoisie aufgezwungen wird, gewappneter dazustehen als diesmal.

Die Arbeitspflicht in Bulgarien. Die in Bulgarien neu eingeführte Arbeitspflicht gilt nicht nur für Handarbeiter, sondern auch für die Kreise der Intellektuellen. Die soeben eingeleitete „Arbeitsmobilisierung“ beruft neben den bürgerlichen Berufen Personal der Staatsämter, Mitglieder des Nationaltheaters und auch Mitglieder der Heiligen Synode, der jüdischen und moslemitischen Organisationen als „Dienstpflichtige“ ein.

Diese kleine Meldung bringt der „Vorwärts“ am 20. Juni unterm Strich. Er verschweigt nur dabei, daß dies Gesetz mit Hilfe der bulgarischen Sozialdemokratie zustande kam. Doch wir brauchen ja nicht allzuweit zu gehen, auch in der deutschen Republik waren ja gerade die Sozialdemokraten die lautesten Rufer nach dem Arbeitsdienstjahr, siehe Biedermann in Hamburg und dann der berüchtigte Striemer an der Betriebsrätezeitung, der jahrelang sein Unwesen getrieben hatte.

Daß auch solch ähnliches Ding dem deutschen Proletariat bald beschert wird, steht außer allem Zweifel. Vielleicht hat die SPD. schon einen Entwurf fertig.

Der Sinn der englisch-russischen Konferenz

Ueber die seit einigen Wochen in London tagende englisch-russische Konferenz, in deren Verhandlungen jetzt eine Pause eingetreten ist, schreibt der „Manchester Guardian“ wie folgt: „Die Tendenz der Konferenz scheint darauf hinauszulaufen, daß direkte Verhandlungen zwischen den englischen Bondsbesitzern (Besitzern der russischen Staatsschuldscheine) und den Sowjetvertretern stattfinden werden. Die Vertagung der Konferenz um 14 Tage wurde wahrscheinlich vereinbart, um den Russen Gelegenheit zu geben, das Problem der Vorkriegsschulden direkt mit den Gläubigern zu besprechen.“ Auf diesem Umwege also hofft man eine Lösung zu finden, die auch von der britischen Regierung angenommen werden dürfte. — Nach einer weiteren Meldung haben diese russischen Delegierten in London am 4. Juni am Empfang beim König im St. James-Palace teilgenommen.

Alle diese Tatsachen gewinnen erst Bedeutung und werden ins rechte Licht gerückt, wenn man die Vorgeschichte dieser sogenannten Verständigungskonferenz Sowjetrußlands mit dem britischen Weltreich näher betrachtet. Noch vor kurzer Zeit haben sich die russischen Gewerkschaften ganz entschieden gegen eine Vergewaltigung und Unterdrückung des wirtschaftlichen Aufstiegs Sowjetrußlands durch den britischen Kapitalismus gewandt. Damals (Anfang 1924) erhob der Rat der allrussischen Gewerkschaften gegen das Memorandum der britischen Bankier-Vereinigung schärfsten Einspruch, um angeblich die revolutionären Errungenschaften Rußlands dem britischen Kapitalismus und Imperialismus nicht bedingungslos auszuliefern. Andrerseits zeigten die vom Genossen Rakowsky, dem Bevollmächtigten Sowjetrußlands bei den englisch-russischen Verhandlungen, in der englischen Tagespresse gemachten Feststellungen auf seiten Sowjetrußlands die Bereitwilligkeit zu weiteren Zugeständnissen in gewisser Hinsicht an die britischen Kapitalisten. Das Manifest der russischen Gewerkschaften führte dagegen aus: **„Rußland kann die Schulden der Zaren und Kerenskys, die die Russen auf die Stufe der chinesischen Kulis herabdrücken würden, nicht anerkennen.“** Als eine Art Nachsatz, der das bestechende Manöver von Politikern ausdrückt, die den Wunsch haben, den Linken zu gefallen und den Rechten nachzugeben, wird hinzugefügt: **„Wenn England uns Kredite gewährt, werden wir einen mäßigen Prozentsatz** (der Schulden) **zurückzahlen.“**

Genosse Rakowsky erklärte jedoch, die Ursache, aus der heraus Rußland, die Sowjetregierung, englische Kredite verlange, stände damit im Zusammenhang, daß die Schuldforderungen, die Großbritanien gestellt hat, liquidiert (abgezahlt) werden könnten. — Die Verpflichtung zur Rückzahlung der vorrevolutionären Schulden, sowohl der staatlichen wie der von Privatpersonen, wurde zuerst von der Sowjetregierung nicht anerkannt. Diese Ablehnung sollte sowohl aus grundsätzlichen wie aus wirtschaftlichen Gründen aufrecht erhalten bleiben. Dementsprechend führte das gewerkschaftliche Manifest aus: **„Das Privateigentum soll niemals ausländischen Kapitalisten wieder zurückgegeben werden.“** Nichtsdestoweniger verspricht Genosse Rakovsky auf dieser Konferenz den englischen Kapitalisten, daß solches Privateigentum an die früheren Besitzer während der Dauer der Konzessionen verpachtet werden soll, d. h. in Wirklichkeit, daß dieser Privatbesitz den ausländischen Kapitalisten vermittels der Staatspacht oder sonstigen Abgabe zurückgegeben wird. Dieses Zugeständnis an das Privateigentum, also an das kapitalistische System, zeigt klar und eindeutig den wahren Charakter des russischen Sowjetstaates.

Aber die britischen Bankiers verlangten weiter, daß die Sowjetregierung das Staatsmonopol für den Außenhandel abschaffen und die völlige Freiheit des Handels (im kapitalistischen Sinne) zwischen britischen und russischen Privatunternehmern für ihren Geschäftsverkehr gestatten sollte. Dieses Verlangen haben aber sowohl die russischen Gewerkschaften wie auch Rakovsky abgelehnt. Die Sowjetregierung mag bei ihrer Abweisung dieser Forderung der Bankiers durch die Tatsache bestimmt worden sein, daß das Außenhandelsmonopol eine Profitquelle ist, deren Aufgabe der russischen Regierung ernste finanzielle Schwierigkeiten bereiten würde. So schafft also auch der Staatskapitalismus, wie man sieht, ganz bestimmte, gesetzlich festgelegte staatliche Interessengebiete, genau so wie der Privatkapitalismus fest umrissene private Interessengruppe (Trusts und Syndikate) erzeugt. Erst die Enteignung allen Kapitals, die Abschaffung der Profitwirtschaft und die Schöpfung der Bedarfswirtschaft kann die ausgebeuteten Proletariermassen wirklich befreien.

Ausland

Krise im schwedischen Schiffahrtsgewerbe

Infolge der deutschen Markstabilisierung belebte sich die schwedische Wirtschaft etwas durch die etwas stärkere Lebensmittelausfuhr nach Deutschland am Ende vorigen Jahres. Die etwas größere Inanspruchnahme des Schiffsraumes für deutsche Transporte wurde mehr als wett gemacht durch das Abflauen des Transportes nach andern Ländern, infolge der sich abwärts bewegenden Kaufkraft des Weltproletariats. Die Depression im Schiffahrtsgewerbe nahm bedeutend zu, wie der Halbjahresbericht des schwedischen Reedereivereins für die Zeit vom 1. Oktober 1923 bis 31. März 1924 es statistisch ausweist. Ein Teil der Schiffe wurde in Betrieb gehalten, trotzdem sie mit Verlust arbeiteten. Ihre Stillegung hätte noch größere Verluste verursacht.

Durch die Flauheit in der Seeschiffahrt wurden die verwandten Gewerbe: Werften, Seetransportversicherung, die Schiffsmaklertätigkeit und die Ausrüstungsgeschäfte stark in Mitleidenschaft gezogen. Bei der großen Bedeutung der Schiffahrt in dem kleinen Lande ist der Rückschlag auf Handel, Gewerbe und Industrie bedeutend. Trotzdem infolge des deutschen Werftarbeiterstreiks in schwedischen Häfen in dieser Zeit mehr als 1000 (tausend!) Schiffe zur Reparatur für schwedische Werften anliefen und ebenso aus diesem Anlasse eine große Anzahl kleine Schiffe (die „Solidarität der schwedischen Gewerkschaften für die deutschen Brüder“) neugebaut wurden, ging die Tätigkeit auf den Werften sehr zurück. Es wird mit Stillegung von Schiffen und Werften in diesem Jahre gerechnet.

Vereinigte Staaten von Nord-Amerika

Arbeitslosigkeit, Krise und Arbeiterorganisation.

Optimisten, deren befohlener Optimismus aus den tönenden Argumenten des Kapitalismus entstammt, versuchen die Oeffentlichkeit glauben zu machen, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika gegenwärtig eine Periode wirtschaftlichen Aufschwungs und Blühens durchmachen. Diese offizielle oder halboffizielle Auffassung wird dennoch durch die Tatsachen schlagend widerlegt. Die allgemeine wirtschaftliche Lage hat sich verschlimmert. Vorübergehende Besserungserscheinungen ändern an dem Gesamtbild nichts. Die Erzeugung von Roheisen und Stahl ist der einzige Industriezweig, der in den Monaten Januar und Februar ein wirklich in Betracht kommendes Anwachsen aufgezeigt hat. Die Arbeitslosenzahl hat sich im Februar 1924 nur in den beiden Staaten New-York und Illinois verringert.

Das überraschende Anwachsen der Roheisen- und Stahlerzeugung ist sehr wahrscheinlich nur von kurzer Dauer. Es erklärt sich aus dem Zustrom von Aufträgen auf rollendes und anderes Material, das für den Wiederaufbau Japans bestimmt ist.

Während die kapitalistischen Blätter sich in ihren Haupt- und Leitartikeln als Optimisten gebärden, sind sie dennoch gezwungen, wenigstens teilweise in ihrem wirtschaftlichen Teil (Handelsteil) die Wahrheit einzugestehen. So liest man in der „New-York-Times“ vom 25. Februar 1924 u. a. folgendes:

„Sehr ausgedehnte Bergwerksunternehmungen in Illinois und Indiania sind gezwungen, um Ersparnisse zu machen, sich zur Stillegung von Zechen zu entschließen, deren Ertrag für unzureichend gehalten wird.“

„Dunns Review“ erklärt in der Nummer von Anfang März 1924: „Man darf sich in keiner Weise für die nächste Zeit auf einen besseren Geschäftsgang gefaßt machen.“ Die „Chicago Tribune“ vom 12. März 1924 drückt sich noch bestimmter aus: „Es sind — so schreibt sie — genug Anzeichen dafür vorhanden, die einen wirtschaftlichen Niedergang für die nächste Zeit ankündigen.“

Danach deuten die Vermehrung der Roheisen- und Stahlerzeugung und das Anwachsen der Zahl der beschäftigten Arbeiter im Februar in den Staaten New-York und Illinois keineswegs darauf hin, daß die wirtschaftliche Krise, die gegen Mitte des Jahres 1923 begonnen hat, an ihrer Grenze angelangt ist. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall.

Die Tatsache, daß heute in den Vereinigten Staaten eine Krise mit Arbeitslosigkeit herrscht, ist unbestritten. Das offizielle „Arbeitsblatt der Vereinigten Staaten“ lieferte dafür in seiner Januar-Nummer schlagkräftige Beweise. Es stellt fest, daß mit Ausnahme weniger Fälle in allen Staaten der Union und in allen Industriezweigen die Arbeitslosigkeit sich vermehrt hat. Um den Massencharakter der Arbeitslosigkeit nachzuweisen, ist es unerläßlich, die gegenwärtig herausgegebenen Statistiken mit denen von 1921 bis 22 zu vergleichen. In diesen beiden Jahren haben die Vereinigten Staaten die fürchterlichste Wirtschaftskrise durchgemacht. Beim Höhepunkt dieser Krise hatte die Zahl der Arbeitslosen den Stand von 4 100 000 erreicht. Gegenwärtig steht die abgerundete Zahl der Arbeitslosen dieser Ziffer wohl wenig nach. Nichtsdestoweniger verfügt man über teilweise sehr aufschlußreiche Angaben hinsichtlich der Gesamtzahl der auf den großen Werken und Eisenbahnen beschäftigten Arbeiter. Zunächst betrachte man die auf 100 berechnete Durchschnittszahl der in den Großbetrieben tätigen Arbeiter:

1919	1920	1922	1923 (Juni)	1924 (Januar)
100	104	90	103	98

Für 1922 stellt man eine Verringerung um 14 v. H. gegen 1920 fest, oder in absoluten Zahlen, anstatt der im Jahre 1920 beschäftigten 11 370 000 Arbeiter, waren es im Jahre 1922 nur 8 621 000; das entspricht einer Abnahme von 2 749 000. Von Juni 1923 bis Januar 1924 hat die Verringerung 5 v. H. betragen, d. h. die Zahl der beschäftigten Arbeiter hat um 975 000 abgenommen. Diese Ziffer allein beweist, daß die Erwerbslosenkrise wieder einen Massencharakter angenommen hat.

Man betrachte weiter die Eisenbahnen. Dort zählte man im August 1923 1 974 505 Beschäftigte, von denen 179 720, das heißt 9,1 v. H., bis Ende 1923 entlassen wurden. (Der Prozentsatz der Arbeitslosen betrug im Jahre 1922, in der Zeit der schärfsten Arbeitslosigkeitskrise 22,2.) Daneben kann man das ständige Anwachsen der Zahl der Kurzarbeiter feststellen. Anstelle von 1 713 000 Vollarbeitern im August 1923 wurden im Dezember 1923 nur 1 524 000 gezählt. Aus der Tatsache, daß 189 000 Arbeiter nicht die ganze Woche über voll arbeiten, ergibt sich eine Ertragsminderung von 11 v. H. Die Erwerbslosenstatistiken für den Staat Massachusets weisen ebenfalls den Massencharakter der Krise nach. Nach dem Bericht des Arbeitsamts für Januar 1924 hat sich die Zahl der in diesem Staate beschäftigten Arbeiter gegen Oktober 1923 um 10 v. H. vermindert.

Alle die angeführten Tatsachen lassen den Umfang und die Größe der Arbeitslosigkeit voraussehen. **Seit Juni 1923 sind ungefähr eine Million Arbeiter aus den Großbetrieben herausgeflogen.** Zu dieser Zahl kommen 180 000 entlassene Eisenbahner hinzu. Auch in den Kohlenbergwerksbezirken nimmt die Arbeitslosigkeit gleichfalls zu. Aber alle diese Zahlen geben nur ein unvollständiges Bild von der Ausdehnung dieser Krise.

Sie zeigen nur das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in der Industrie. Denn die von den Unternehmern aufs Pflaster geworfenen Arbeiter bilden nur einen Teil der großen industriellen Reserve, deren Reihen beständig durch den Zustrom von hunderten und tausenden neuer Zuwanderer in den Städten aufgefüllt werden. Trotz ihres Massencharakters ist die gegenwärtige Arbeitslosigkeit dennoch nicht so schwer wie die von 1921 bis 22. Der Unterschied zwischen beiden Epochen betrifft hauptsächlich die Metallindustrie. In den Jahren 1921 bis 22 hat gerade dieser Industriezweig am schwersten unter der Krise gelitten, während er gegenwärtig noch nicht die Wirkungen des wirtschaftlichen Niederganges verspürt. Androhungen von Kurzarbeit und Lohnabzug schweben trotzdem beständig über die Arbeiterschaft. Nur die Gewerkschaftsbürokratie und die Presse des amerikanischen Arbeiterverbandes (American Federation of Labor) scheinen von diesen Tatsachen nichts zu wissen.

Es werden eben nicht alle Schichten der Arbeiterklasse gleichmäßig von dieser Krise betroffen. Die große Masse der Arbeitslosen wird von den ungelernten (nicht qualifizierten) Arbeitern gestellt, während die Arbeiteraristokratie vollkommen beschäftigt ist. Es fehlt sehr oft sogar an ausgebildeten, qualifizierten Arbeitskräften. Zwischen der emporgehobenen und bevorrechteten Arbeiteraristokratie und dem eigentlichen Proletariat gibt es gerade in der amerikanischen Arbeiterklasse trotz aller Annäherungsversuche starke Gegensätze. Der „American Federation of Labor“ (Amerikanischer Arbeiterverband, geführt von Gompers) ist völlig in den Händen der Arbeiteraristokratie und gibt sich auch gar nicht die Mühe, die ungelernten Arbeiter in seinen Reihen aufzunehmen und sich mit ihnen solidarisch zu fühlen. Für den Augenblick spüren diese gehobenen Arbeiterschichten noch wenig von dem furchtbaren Druck der wirtschaftlichen Krise innerhalb des amerikanischen Kapitalismus. Hier in diesen untersten Schichten des amerikanischen Proletariats, den „Menschen des Abgrundes“, wie Jack London, ihr bester Darsteller, sie nannte, setzt die Bewegung und Organisation der „Industriearbeiter der Welt“ (Industrial Workers of the World — I. W. W.) ein, die schon vor 20 Jahren die „One Big Union“ (eine große Union) auf ihr Programm setzte. Der Heldenkampf dieser revolutionär-syndikalistischen Organisation mit marxistischen Tendenzen hat sie zum schärfsten und meist verfolgten Feinde der amerikanischen Plutokratie gemacht. Im Staate Kalifornien ist die I. W. W. völlig unterdrückt und hunderte ihrer Anhänger schmachten wegen Zugehörigkeit, Streiks, Unruhen und sonstigen Vergehen bei Arbeiterkämpfen in den Gefängnissen der „freien demokratischen Union von Nordamerika“. Deswegen haben die I. I. W. zum Boykott der kalifornischen Landeserzeugnisse in allen Teilen der Erde aufgerufen, um ihre Klassengenossen aus den Klauen der unmenschlichen amerikanischen Blutjustiz zu befreien.

Aus der Jugendbewegung

An sämtliche Gruppen der Kommunistischen Arbeiter-Jugend sowie Leser der „Roten Jugend“

Genossen!

Nach unserer Reichskonferenz gilt es jetzt, auf dem dort festgelegten Weg mit aller Kraft vorwärts zu gehen. Unsere Zeitung **„Die Rote Jugend“** soll unser Sprachrohr sein, um unsere Idee unter die Massen der proletarischen Jugend zu bringen. Ihr Erscheinen ist deshalb dringende Notwendigkeit. Gerade in der jetzigen Zeit der gewaltigen Arbeitskämpfe, des Aufmarsches der Konterrevolution, muß sie zur Stelle sein.

An Euch Genossen liegt es ob sie erscheinen kann. Die finanzielle Frage muß sofort gelöst werden. Wir verpflichten sämtliche Genossen binnen wenigen Tagen:

1. Sämtliche rückständigen Zeitungen abzurechnen.
2. Alle verfügbaren Gelder aus Gruppenkassen usw. einzusenden,
3. Sofort überall Sammlungen in Betrieben, auf Versammlungen, in den Häusern usw. zu veranstalten.

Gegen Genossen, die ihrer proletarischen Pflicht der Organisation gegenüber nicht nachkommen, werden wir rücksichtslos vorgehen.

Haltet Eure Zeitung hoch!

Laßt die Stimme der Revolution nicht verstummen!

Auch an die erwachsene Arbeiterschaft appellieren wir, die Jugend in ihrem Kampf zu unterstützen.

Sämtliche Geldsendungen, auch wenn es nur ganz kleine Beträge sind, sind sofort an **Lucie Haase, Berlin-Neukölln, Nidderstraße 23, Siedlung Dammweg,** zu senden.

Kommunistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin.

Am Montag, den 23. Juni 1923, abends 7 Uhr,

Fortsetzung der allgemeinen Mitgliederversammlung

Jugendheim, Ostbahnhof 17.

Tagesordnung: 1. Unsere nächste Arbeit.
2. Diskussion über die Reichskonferenz.

Jedes Mitglied muß erscheinen.

Die Sammellisten für die „Rote Jugend“ sind unbedingt abzurechnen.

Am **Mittwoch, den 25. Juni 1924,** in allen **Gruppen Versammlungen.**

Charlottenburg: Lokal „Taubenbörse“, Kirchstraße 12.
Norden: Im bekannten Lokal.
Osten: Jugendheim, Ostbahnhof 17.
Neukölln: Jugendheim, Kaiser-Friedrich-Straße 4.

Auf allen Gruppenabenden findet ein Referat statt. Sympathisierende sind eingeladen.

Mitteilung

Achtung! 19. Unterbezirk. Am Freitag, den 27. 6. findet im Lokal Weißensee, Lehderstraße, eine Mitgliederversammlung statt. Sämtliche Genossen müssen erscheinen.

Arbeitsausschuß Groß-Berlin.

18. Unterbezirk. Freitag, den 27. Juni, abends 8 Uhr, kombinierte Bezirksmitgliederversammlung von Partei und Union. Die Genossen müssen vollzählig erscheinen.

Grünau ist hiermit besonders aufgefordert.

Lokal: Cöpenick, Kirchstraße, bei Augustin.

Verantw. Redakteur und Herausgeber: Kurt Hellwig, Düsseldorf. — Druck: Karl Bergmann, Berlin S 42, Oranienstr. 160.

Abonnements-Annahme-Stellen für die KAZ. in Groß-Berlin:

Norden: Fr. Malz, Fehrbelliner Straße 28, Hof III.
„ Szomoru, Moabit, Berlichingen-Straße 10.
„ Jul. Gehrke, Lychener Straße 31, Quergeb. 1 Tr. b. Schulz.
„ B. Goscinski, Norweger Straße 40, Laden.
Osten: H. Derpa, Samariter-Straße 38, Stfg. III.
„ K. Herhold, Lichtenberg, Thürschmidtstraße.
„ **Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.**
Süden: A. Fischer, Neukölln, Zieten-Straße 71.
„ Karl Voigt, SO, Grünauer Straße 36.
„ Georg Otto, Tempelhof, Friedrich-Franz-Straße 17.
Südwesten: Tuschling, Möckernstraße 112.
Centrum: J. Schuri, Brückenstraße 6.
Adlershof: Max Sommer, Kaiserin-Auguste-Viktoria-Straße 48.
Bohnsdorf: Herm. Pohl, Apollo-Straße 16.
Charlottenburg: H. Kuee, Wallstraße 23.
Cöpenick: W. Heiland, Schönerlinder Straße 9.
Grünau: Karl Plötzer, Cöpenicker Straße 92.
Karlshorst: Klump, Junker-York-Straße 36.
Königswusterhausen: Kühnel, Luckenwalder Straße 39.
Nowawes: Ernst Gabel, Groß-Beeren-Straße 12.
Pankow: Hans Liepe, Damerow-Straße 45.
Rosenthal: Th. Jähnchen, Edelweißstraße 36, II.
Schöneberg: Hugo Otto, Hauptstraße 14.
Weißensee: E. Schulze, Max-Steinke-Straße 43.

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung“

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name ____________

Ort ____________

Straße ____________ Nr. ______

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an eine der obigen Adressen oder direkt an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49, zu senden.

5. Jahrg. Nr. 49 — Preis 0,15 Mark

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Partei und im Strassenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Juni 1924

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29. (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49.)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

Nahende Hungerkatastrophe

Graf Kalckreuth, v. Goldacker, v. Richthofen und Stubbendorf, die Führer des Landbundes waren am Montag bei der Reichsregierung und haben dem Reichskanzler, dem Reichsernährungsminister und dem Reichsfinanzminister mit rückhaltloser Offenheit die Lage geschildert. Sie haben auf die Gefahr eines durch Mangel an Barmitteln herbeigeführten Stillstandes der Landwirtschaft hingewiesen und kategorisch die Frage gestellt, welche Wege die Reichsregierung zu beschreiten gedenkt, um der drohenden Katastrophe Einhalt zu gebieten.

So beginnt der Bericht in der „DAZ.“ vom 24. Juni, Morgenausgabe, unter der Ueberschrift: **„Warnruf der Landwirtschaft.“** Die Nachfolger der Köckeritze, Lüderitze, Krachten und Itzenplitze stellten dann noch folgende Forderungen:

1. **Zinslose Stundung der Steuern für Großgrundbesitzer.**
2. **Einschreiten der Reichsregierung gegen Steuern der Länder (Grundsteuer in Anhalt und Sachsen, Hauszinssteuer in Preußen, Zugtiersteuer in Sachsen usw.).**
3. **Beseitigung aller landwirtschaftlichen Steuern.**
4. **Große Kredite an die landwirtschaftlichen Großbesitzer.**
5. **Aufhebung aller Rechte, die die Arbeiterschaft nach der Revolution erworben hat, Rückkehr zu den Vorkriegszuständen.**

Sie selbst nennen es: **Grundstürzende Abkehr von der nachrevolutionären Wirtschaftspolitik.**

6. **Schutzzölle für die Landwirtschaft.**

Falls dem Landbund, diesen ebenbürtigen Nachkommen der Strauchdiebe und Wegelagerer, diese ihre Forderungen nicht bewilligt werden, droht derselbe mit dem **Stillstand der Landwirtschaft,** was gleichbedeutend mit dem Lebensmittelboykott der Städte ist und eine riesige Hungerkatastrophe fürs Industrieproletariat bedeutet.

Dazu kommt noch, daß durch den langen Winter mit seinen starken Frostperioden eine Verspätung der Ernte eintritt und die Inlandsvorräte nicht ausreichen werden.

Auch sind nicht alle erfrorenen Saatenstände erneuert worden, vor allem nicht von den kleinen und mittleren Bauern, weil dieselben sich während der Inflationsperiode in Sachwerte flüchteten (Klaviere, Fahrräder und Möbeleinrichtungen) und für Düngemittel und neue Saatbestände faktisch kein Geld hatten. Das Proletariat darf nicht teilnahmslos diesen Alarmruf überhören. Mit allen Mitteln und mit riesenhafter Energie und Zähigkeit heißt es jetzt fürs revolutionäre Proletariat, sich organisatorisch so zu festigen und zu stärken, daß es in den kommenden Kämpfen zum ausschlaggebenden Faktor wird.

Für die KAPD. und AAU. ist die Parole klar. Sie lautet und kann nur lauten:

In den Massen unermüdlich zu wirken und mit den Massen zielbewußt kämpfen, um durch die Massen siegreich zu schlagen.

Alle Mann an Deck, alle Mann an die Arbeit und dem Proletariat, unseren Klassengenossen, klar gemacht und die Erkenntnis beigebracht, daß im Kapitalismus das Proletariat nicht mehr leben kann, sondern untergehen muß. Daß die Lebensmöglichkeit fürs Proletariat, des größten, des übergrößten Teils der Menschheit und somit überhaupt die Fortentwicklung der Menschheit nur im Kommunismus, in der Bedarfswirtschaft gegeben ist.

Genossen! Nutzt die Zeit, der Gegner trifft die letzten Vorbereitungen zur vollständigen Knebelung des revolutionären Proletariats.

Entweder wir den Teufel, oder der Teufel uns!

Fortschreitender Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft

Riesige Massenarbeitslosigkeit und neue Zuchthausgesetze für das Proletariat

Die gesamte „demokratische“ Pressemeute berichtet täglich von der herrlichen Aussicht, die die deutsche Wirtschaft hat, wenn der Plan der Sachverständigen in die Tat umgesetzt wird. Dann soll es Kredite geben und durch recht schnelles, besseres und billigeres Arbeiten wird es dann auch wieder aufwärtsgehen. Wenn dann noch die „Demokratie“ so, wie sie jetzt besteht, nach dem „Vorwärts“, erhalten bleibt, dann, ja dann wird es möglich sein mit Hilfe der vereinigten französisch-englischen „Demokratie“ zum Wiederaufbau und zur Wiedergenesung der europäischen Wirtschaft und auch zum endgültigen gesicherten Frieden zu gelangen.

Es sei eine engstirnige These von Poincaré gewesen, daß es in Deutschland keine Demokratie gebe. Diese hat es immer nach 1918 gegeben, und gibt es heute noch. Wohl ist die „demokratische Republik“ ab und zu gemißhandelt worden, aber sonst war es immer „Demokratie“. So zu lesen im „Vorwärts“ vom 24. Juni, Morgenausgabe, wo es den „Märtyrer“ Walter Rathenau einen langen Nachruf widmet.

Die 20 000 ermordeten Proletarier, die von der „Demokratie“ so kalt gekillt wurden, stehen bei ihm ja nicht zur Tagesordnung.

Doch während dem Proletariat alles mögliche aufgetischt und versprochen wird über die Möglichkeiten der Ueberwindung der Krise, eilt die deutsche Wirtschaft im Eilzugstempo dem Zusammenbruch entgegen. Zwanzig bis dreißig richtige Pleiten täglich, ohne die Beantragung unter Geschäftsaufsicht, reden wohl eine deutliche Sprache.

Das dauernde und immer weitere Industriezweige erfassende Stillegen von Betrieben, die nach Millionen zählende Kurzarbeit lassen auch an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Anderseits die brutalsten Maßnahmen der Kapitalistenkreise, die noch ein wenig Konjunktur haben, gegen die Arbeiter, zeigen deutlich den Weg an, den das Proletariat im Interesse seines Klassenfeindes und dessen Machtapparates, der „demokratischen Republik“ gehen soll.

Die Schiedssprüche des Sozialdemokraten Mehlich, die zwölf und vierzehn Stunden Fronarbeit für notwendig erachteten und die auch durchgeführt wurden mit Hilfe der vollendeten „Demokratie“, sind das Ziel der Bourgeoisie. Angewandt natürlich auf den Teil der Sklaven, die noch tatsächlich gebraucht werden.

An eine Kreditgewährung, wie die „demokratische“ Pressemeute sie beliebt aufzuzeigen, ist gar nicht zu denken. Die deutsche Wirtschaft brauchte, um leidlich in Gang zu kommen, zirka 30 Milliarden Goldmark. Eine geradezu phantastische Summe, die niemand gewähren kann. Auch hat die Krise in steigendem Maße die ganze kapitalistische Welt, auch Amerika erfaßt.

Dies Sachverständigengutachten bedeutet in seiner Durchführung nichts weiter als die vollständige Versklavung des deutschen Proletariats. Die deutsche Bourgeoisie ist sich der kommenden Schwierigkeiten gegenüber dem Proletariat auch bewußt und baut systematisch vor, wobei sie die volle Unterstützung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften findet. Die wohl ab und zu knurren, sich jedoch stets als treue Hunde ihres Herrn, der Bourgeoisie, erweisen.

Der Presseknebelungsparagraph ist der Anfang der vollständigen Mundtotmachung der revolutionären Organisationen und bietet den Auftakt zur Unterdrückung und geplanten Niederschlagung des Proletariats. Schon jetzt sind in Mitteldeutschland alle kommunistischen Zeitungen verboten.

Das Streikverbot für die Beamten ist ein weiterer „demokratischer“ Schritt, dem bald ein Streikverbot insgesamt folgen wird; denn der Versuch der Durchführung des Dawes-Planes erfordert Ruhe, Kirchhofsruhe. Erfordert das ruhige, in gewerkschaftlicher Disziplin vor sich gehende Verrecken von Millionen Proletariern.

Dies alles nennt dann der „Vorwärts“ immer noch „Demokratie“, und wer es nicht glaubt, kann mit seinem Reichsbanner schwarz-rot-gold Bekanntschaft machen. Diese großzügige Erweiterung des Reichstagsregiments „Liebe“ wird in den kommenden Kämpfen mit den Wehrwölfen, mit der Reichswehr und der Schupo, mit all den bewaffneten Selbstschutzorganisationen gegen das sich aufbäumende Proletariat verbünden unter dem Feldgeschrei:

Für die Demokratie, für die Republik, für das geliebte Vaterland!

Die neuen Gesetze, die in Beratung sind, die die Durchführung des Planes der Sachverständigen ermöglichen sollen, werden und müssen Zuchthausgesetze großen Stils sein. Ob es auf dem Wege der legalen Gesetzgebung oder durch Ermächtigung des Kabinetts oder mit Hilfe des Artikels 48 gemacht wird, spielt eine ganz nebensächliche Rolle.

Daß die Justizmaschine eine äußerst starke Waffe in der Hand des Klassenfeindes, der Bourgeoisie, ist, hat in den Jahren nach 1914 das Proletariat an Hunderttausenden von Beispielen erlebt. Und Tausende seiner Besten wird es noch opfern müssen, wenn es den Bankrott der kapitalistischen Waren- und Profitordnung nicht erkennen will.

Dieser Dawesplan ist nur der verzweifelte Versuch des internationalen Kapitals aus der Krise, aus dem fortschreitenden Zusamenbruch herauszukommen, genau wie der Versailler Vertrag der Versuch nach dem militärischen Zusammenbruch darstellte, den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern. Der Versuch, sowie alle nachfolgenden, sind gescheitert und mußten und müssen weiter scheitern, weil es keine Rettung fürs Kapital, keine Aufstiegmöglichkeiten mehr gibt.

Die Frage für das revolutionäre Proletariat lautet genau wie beim Versailler Vertrag, nicht für oder gegen das Sachverständigengutachten, sondern gegen das Kapital als System und für den Kommunismus, für die Bedarfswirtschaft, gegen die sogenannte „Demokratie“, die nur die Diktatur der Bourgeoisie ist, aber für und nur für die

Diktatur des Proletariats!

Das Linkskabinett in Frankreich

Seit Wochen tobt in der deutschen Presse der Meinungsstreit über das Kabinett Herriot. Die Anhänger und Befürworter der Annahme des Sachverständigengutachtens erblicken in dem Sieg der Linken in Frankreich eine Bestätigung ihres guten Riechers und begrüßen mit Enthusiasmus die neue Richtung. Sie erklären zwar, daß sie nicht im Augenblick eine völlige Veränderung des Kurses Poincaré erwarten, aber daß immerhin ein Herriot besser sei als Poincaré.

Die friedliche Zusammenarbeit der beiden Völker und wie sonst noch die Phrasen lauten, sind wieder in den offiziösen Reden der Regierungshäupter zu finden. Ein pazifistischer Redestrom ergießt sich wieder über die staunende Welt. Den Himmel auf Erden könnte man erwarten, solange nicht die Probe aufs Exempel, der Uebergang zur Verwirklichung, gemacht wird. Genosse Breitscheid ist sofort nach Paris geeilt, um den neuen Gott zu sprechen und sich auch von einigen Phrasen beglücken zu lassen. Der Herriotkult in der deutschen Presse grenzt bald an die Wilsonverehrung.

Die vierzehn Punkte des Wilson und das Sachverständigengutachten sind die Grundlagen, auf denen die europäische Demokratie aufgebaut ist und aufgebaut wird. Diese Eckpfeiler der kapitalistischen Entwicklung zeigen am besten die Widersprüche zwischen kapitalistischer Ideologie und Praxis. Der neue Traum wird in der Wirklichkeit die schärfste Reaktion hervorbringen. Die Erlösung, die er sein soll, bedeutet für das deutsche Proletariat schärfste Ausbeutung. Der Völkerfriede heißt zahlen bis zum Weißbluten.

Die Befreiung der deutschen Lande, insbesondere des Ruhrgebiets ist in Aussicht gestellt, so triumphiert der „Vorwärts“. Der zweiten Internationale gebührt das Verdienst, [illegible] und die französischen Sozialisten haben durch ihr tapferes Eintreten für die Völkerversöhnung das deutsche Proletariat gerettet. Ehre sei ihnen.

Die großen demokratischen Blätter stimmen allerdings mit gedämpften Klang in diese Arie des „Vorwärts“ ein. Sie stellen eine erhebliche Erleichterung der Lage durch den Sturz der Regierung Poincaré und Millerand fest, warnen aber vor übertriebenen Optimismus. Sie suchen noch mit aller Gewalt der Welt zu beweisen, daß die deutsche Republik auch wirklich eine Republik ist und daß nur mit Rücksicht auf diese „Tatsache“ eine glückliche Herriotzukunft zu erwarten ist. Aber wehe, wenn es den Nationalisten einfallen sollte, diese Zukunft durch Deutsche Tage und sonstiges Militärspiel zu belasten. Sie garantieren dann für nichts. Nur folgsame Kinder können auf die Liebe des guten Onkels rechnen. Deutschlands Rettung ist allein möglich, wenn ihr der Verständigungsidee des deutschen Finanzkapitals huldigt. Im übrigen, Verständigung kommt von Verstand, und Verstand heißt unser Profitinteresse.

Demgegenüber wütet die Rechtspresse gegen alles, was von Frankreich kommt, im alten Tonfall weiter. Poincaré und Herriot sei eins. Der Wechsel der Couleur ändere nichts an der Außenpolitik. Die Parole laute weiter: „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen.“ Der beste Beweis für die aggressiven Absichten des Kabinetts Herriot sei die Ernennung des Generals Nollet zum Kriegsminister und dann die neue Forderung der Militärkontrolle.

Der Linkspresse paßt diese Haltung des Wunderknaben auch nicht. Herriot selbst hat den Nollet auch mit einem besonderen Kommentar vorstellen müssen, aber man hilft sich, Nollet ist ja noch nicht das ganze Kabinett und die [illegible]